

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. Januar 2021 über die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt

A. Problem und Ziel

Die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt („International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities“, im Folgenden: IALA) wurde am 1. Juli 1957 als Nichtregierungsorganisation (NGO) gegründet. Zweck der Organisation ist es, Regierungen und Organisationen, die sich mit der Regulierung, Bereitstellung, Instandhaltung oder dem Betrieb von Navigationshilfen in der Schifffahrt befassen, zum Fachwissens- und Informationsaustausch zusammenzubringen, um die Entwicklung und Weitergabe von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien zu unterstützen und dadurch Navigationshilfen in der Schifffahrt weltweit zu verbessern und zu vereinheitlichen. Dies wird insbesondere durch die Erarbeitung von nicht verbindlichen Standards, von Empfehlungen, Richtlinien, Handbüchern und von anderen geeigneten Dokumenten erreicht. Ziel ist ein sicherer, wirtschaftlicher und effizienter Schiffsverkehr zu Gunsten der maritimen Gemeinschaft und zum Schutz der Meeresumwelt. Damit leistet die IALA einen Beitrag zur Erreichung von Ziel 9 der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die verlangt, eine widerstandsfähige Infrastruktur aufzubauen und Innovationen zu unterstützen.

Da die Erreichung dieser Ziele besser durch einen Zusammenschluss ihrer Mitgliedsländer auf Staatsebene, mithin im Rahmen einer internationalen, völkerrechtlichen Organisation sichergestellt werden kann, beabsichtigt die IALA eine Änderung ihres rechtlichen Status von einer Nichtregierungsorganisation (NGO) in eine zwischenstaatliche Organisation (IGO). Damit wird ein Beitrag zur Erreichung von Ziel 17 der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung geleistet, das verlangt, die

Fristablauf: 31. 03. 23

Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben zu erfüllen. Zur Vorbereitung des Statuswechsels wurde im Rahmen der Diplomatischen Konferenz ein Konventionstext mit den Mitgliedstaaten abgestimmt (im Folgenden: IALA-Übereinkommen). Die IALA mit IGO-Status erhält lediglich beratenden und technischen Charakter. Sie behält ihren Sitz in Frankreich bei.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der Gründungsmitglieder und seitdem Unterstützerin der IALA. Eine Aufwertung der Organisation durch den angestrebten Statuswechsel wird seitens der Bundesregierung begrüßt. Am 19. Januar 2022 erfolgte die Unterzeichnung des Übereinkommens durch den deutschen Botschafter in Paris.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die nach Artikel 18 Absatz 2 des IALA-Übereinkommens vorgesehene Ratifikation geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch das Gesetz entstehen keine zusätzlichen Haushaltsausgaben für den Bund, die Länder und Kommunen. Die bisherigen Beiträge der Bundesrepublik Deutschland für die Mitgliedschaft in der NGO von derzeit jährlich 17 760 Euro bestehen zunächst unverändert fort. Sie werden durch den Statuswechsel zu gesetzlichen Pflichtbeiträgen. Der Austritt aus der Organisation ist gemäß Artikel 21 des IALA-Übereinkommens mit einer Frist von zwölf Monaten zum Ende eines jeden Jahres möglich.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Es werden keine Informations- oder anderweitige Pflichten für Bürgerinnen und Bürger eingeführt oder abgeschafft.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Die deutsche Mitgliedschaft in der IALA bewirkt keinen Erfüllungsaufwand für deutsche Unternehmen. Bürokratiekosten aus Informationspflichten sind nicht betroffen.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Der Statuswechsel der IALA ist aufwandsneutral. Für Bund, Länder und Kommunen fällt kein zusätzlicher Aufwand durch den künftigen Status der IALA als IGO an. Der Aufwand für die bisherige Mitgliedschaft in der NGO wird von der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) übernommen.

F. Weitere Kosten

Kosten für die Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

17. 02. 23

Vk

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 27. Januar 2021
über die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 17. Februar 2023

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. Januar 2021
über die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt
mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Digitales und Verkehr.

Olaf Scholz

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 27. Januar 2021 über die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 19. Januar 2022 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 27. Januar 2021 über die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 20 Absatz 1 oder 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen über die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt (im Folgenden: IALA-Übereinkommen) ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 zweite Alternative des Grundgesetzes anzuwenden, da sich insbesondere die Beitragspflicht gemäß Artikel 13 Absatz 2 des IALA-Übereinkommens als finanzwirksame und damit haushaltsrelevante Regelung sowie die Regelung zur Verleihung der Rechtspersönlichkeit gemäß Artikel 14 Absatz 1 des Übereinkommens auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Absatz 1 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes und entspricht damit dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das IALA-Übereinkommen nach seinem Artikel 20 Absatz 1 oder 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Mit der Konvention erfährt die IALA eine Änderung ihres rechtlichen Status von einer Nichtregierungsorganisation (NGO) in eine zwischenstaatliche Organisation (IGO) und dadurch einen politischen Bedeutungszuwachs. Auf internationaler Ebene ist sie gleich auf mit anderen maritimen Organisationen wie z. B. die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (International Maritime Organization, kurz: IMO) oder die Internationale Hydrographische Organisation (International Hydrographic Organization, kurz: IHO). Verhandlungen auf gleicher Ebene erleichtern Abstimmungen und das Durchsetzen eigener Positionen. Fachliche Beiträge und Empfehlungen der IALA erhalten dadurch zudem international ein höheres Gewicht. Durch die mit einem Statuswechsel verbundene Aufwertung und die völkerrechtliche Anerkennung der Institution kann die IALA somit ihre Zwecke besser wahrnehmen. Die Bundesrepublik Deutschland ist Gründungsmitglied und seitdem Unterstützerin der IALA. Der Statuswechsel wird seitens der Bundesregierung begrüßt.

Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte hat der Statuswechsel nicht. Die bisherigen Beiträge für die Mitgliedschaft in der IALA mit NGO-Status von derzeit jährlich 17 760 Euro bestehen zunächst unverändert fort. Sie werden durch den Statuswechsel zu gesetzlichen Pflichtbeiträgen. Der Austritt aus der Organisation ist gemäß Artikel 21 des IALA-Übereinkommens mit einer Frist von zwölf Monaten zum Ende eines jeden Jahres möglich. Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Kommunen bestehen nicht.

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung ergibt sich nicht. Der Nationale Normenkontrollrat wurde beteiligt und hat von einer Stellungnahme abgesehen.

Sonstige Kosten für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, sowie Auswirkungen des Gesetzes auf die Einzelpreise und das Preisniveau sind nicht zu erwarten.

Auswirkungen des Gesetzes auf die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie gleichstellungspolitische und demografische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Das Gesetz trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung bei und steht im Einklang mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen dient.

Es leistet einen Beitrag zur Erreichung folgender Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen: SDG 9 „Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“, SDG 14 „Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen“ sowie SDG 17 „Umsetzungsmittel stärken“.

und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen“.

Durch den Statuswechsel soll die IALA gestärkt werden, um besser ihre Ziele verfolgen zu können. Die Organisation fördert die Entwicklungszusammenarbeit und den Wissenstransfer insbesondere im technischen Bereich und leistet damit einen Beitrag zur Erreichung von Zielvorgabe 16.6 der UN-Agenda, die verlangt, „leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen auf(zu)bauen“. Sie setzt sich für einen internationalen Fachwissens- und Informationsaustausch ein (SDG 17), um die Entwicklung und Weitergabe von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien zu unterstützen, Innovationen zu fördern (SDG 9) und dadurch Navigationshilfen in der Schifffahrt weltweit zu verbessern sowie auf einem möglichst hohen Standard zu vereinheitlichen (SDG 9). Ziel ist ein sicherer, wirtschaftlicher und effizienter Schiffsverkehr zum Wohle der maritimen Gemeinschaft, zum Schutz des weltweiten Klimas (SDG 13) und der Meere (SDG 14).

Damit folgt der Entwurf den in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten Prinzipien „(1.) Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden“, „(2.) Global Verantwortung wahrnehmen“, „(3.) Natürliche Lebensgrundlagen erhalten“, und „(6.) Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen“. Durch die Mitgliedschaft in der IALA und die damit verbundene Stimmberechtigung in der Generalversammlung, dem Hauptbeschlussorgan der künftigen völkerrechtlichen Organisation, nimmt Deutschland global Verantwortung wahr und fördert die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern (Prinzip 2). Die IALA setzt sich zur Reduzierung von Gefahren für Mensch und Umwelt im weltweiten maritimen Seeverkehr ein, um so Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit und die Natur zu vermeiden (Prinzip 3). Die IALA nutzt durch ihre weltweite Vernetzung die Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung (Prinzip 6).

Auswirkungen des Gesetzes auf die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen sind nicht zu erwarten.

Eine turnusmäßige Evaluierung des Gesetzes ist nicht erforderlich, da es mit Durchführung des Statuswechsels vollzogen ist. Erst im Falle von späteren Änderungen der Konvention, einem etwaigen Austritt der Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage von Artikel 21 des IALA-Übereinkommens oder im Falle der Beendigung des Abkommens durch die Generalversammlung nach Artikel 22 des IALA-Übereinkommens wäre eine Anpassung oder Aufhebung des Gesetzes zu prüfen.

Übereinkommen
über die Internationale Organisation
für Navigationshilfen in der Schifffahrt

Convention
on the International Organization
for Marine Aids to Navigation

Convention
portant création de l'Organisation internationale
pour les aides à la navigation maritime

(Übersetzung)

Preamble

The States Parties to this Convention:

Recalling that the International Association of Lighthouse Authorities was established on 1st July 1957 and was renamed the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities in 1998;

Recognizing the role of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities in the improvement and continued harmonization of Marine Aids to Navigation for the safe, economic and efficient movement of vessels for the benefit of the maritime community and the protection of the environment;

Considering the provisions of the United Nations Convention on the Law of the Sea, 1982 and the International Convention for the Safety of Life at Sea, 1974, as amended; and

Considering further that developing, improving and harmonizing Marine Aids to Navigation for the benefit of the maritime community and the protection of the environment is best coordinated by international organizations;

Have agreed as follows:

Article 1
Establishment

1. The International Organization for Marine Aids to Navigation (hereinafter the "Organization") is hereby established under international law as an intergovernmental organization.

Préambule

Les États parties à la présente Convention :

Rappelant que l'Association internationale des Autorités des Phares a été créée le 1^{er} juillet 1957 et a été renommée Association internationale de signalisation maritime en 1998 ;

Reconnaissant le rôle joué par l'Association internationale de signalisation maritime dans l'amélioration et l'harmonisation constante des aides à la navigation maritime afin d'assurer une circulation sûre, économique et efficace des navires, au service de la communauté maritime et de la protection de l'environnement ;

Considérant les dispositions de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer de 1982 et de la Convention internationale de 1974 pour la sauvegarde de la vie humaine en mer, telle qu'amendée ; et

Considérant également que la coordination en matière d'élaboration, d'amélioration et d'harmonisation des aides à la navigation maritime au service de la communauté maritime et de la protection de l'environnement est assurée plus efficacement par des organisations internationales ;

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier
Création

1. L'Organisation internationale pour les aides à la navigation maritime (ci-après dénommée « l'Organisation ») est instituée par la présente Convention en tant qu'organisation intergouvernementale en vertu du droit international.

Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

eingedenk der Gründung der „International Association of Lighthouse Authorities“ (Internationaler Verband der Seezeichenverwaltungen) am 1. Juli 1957 und ihrer Umbenennung in „International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities“ (Internationaler Verband der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen) im Jahr 1998,

in Anerkennung der Rolle des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen bei der Verbesserung und fortlaufenden Vereinheitlichung von Navigationshilfen in der Schifffahrt für einen sicheren, wirtschaftlichen und effizienten Schiffsverkehr zum Wohle der maritimen Gemeinschaft und zum Schutz der Umwelt,

in Anbetracht des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 und des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See in den jeweils geltenden Fassungen sowie

ferner in Anbetracht dessen, dass die Entwicklung, Verbesserung und Vereinheitlichung von Navigationshilfen in der Schifffahrt zum Wohle der maritimen Gemeinschaft und zum Schutz der Umwelt am besten durch internationale Organisationen koordiniert wird –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1
Gründung

(1) Die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt (im Folgenden die „Organisation“) wird hiermit nach dem Völkerrecht als zwischenstaatliche Organisation gegründet.

2. The Organization shall have a consultative and technical nature.

3. The Organization shall have its seat in France, unless otherwise decided by the General Assembly.

4. The functioning of the Organization shall be set forth in detail in the General Regulations, which are subject to the provisions of this Convention but do not form an integral part thereof. In the event of any inconsistency between this Convention and the General Regulations or any other basic documents covering the governance of the Organization, this Convention shall prevail.

Article 2

Definitions

For the purposes of this Convention:

1. Marine Aid to Navigation means a device, system or service, external to a vessel, designed and operated to enhance safe and efficient navigation of individual vessels and vessel traffic. For the purpose of the Organization this definition includes Vessel Traffic Services.

2. Member State means a State that has consented to be bound by this Convention and for which this Convention is in force.

3. Associate Member means a territory or group of territories for which a Member State has responsibility for its international relations and for which it has requested membership which has been approved by the General Assembly, and national members of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities from States that are not Member States, in accordance with paragraph 5 of the Annex.

4. Affiliate Member means a manufacturer or distributor of Marine Aids to Navigation equipment for sale, or an organization providing Marine Aids to Navigation services or technical advice under contract and any other organization or scientific agency concerned with Marine Aids to Navigation which has applied for membership, and which has been approved by the Council.

Article 3

Aim and Objectives

The aim of the Organization is to bring together governments and organizations concerned with the regulation, provision, maintenance or operation of Marine Aids to Navigation in order to further the objectives of:

2. L'Organisation a un caractère consultatif et technique.

3. L'Organisation a son siège en France, sauf décision contraire de l'Assemblée générale.

4. Le fonctionnement de l'Organisation est énoncé de manière détaillée dans son Règlement général, qui est soumis aux dispositions de la présente Convention mais ne fait pas partie intégrante de celle-ci. En cas de divergence entre la présente Convention et le Règlement général, ou tout autre document de base régissant la gouvernance de l'Organisation, la présente Convention prévaut.

Article 2

Définitions

Aux fins de la présente Convention :

1. L'expression « aide à la navigation maritime » désigne un dispositif, un système ou un service externe à un navire, conçu et utilisé pour accroître la sécurité et l'efficacité de la navigation des navires individuels ainsi que du trafic maritime. Aux fins de l'Organisation, la présente définition inclut les services de trafic maritime.

2. L'expression « État membre » désigne un État ayant consenti à être lié par la présente Convention et pour lequel la présente Convention est en vigueur.

3. L'expression « membre associé » désigne d'une part un territoire ou un groupe de territoires dont les relations internationales relèvent de la responsabilité d'un État membre et pour lequel celui-ci a sollicité l'accès au statut de membre qui a été approuvé par l'Assemblée générale, et d'autre part les membres nationaux de l'Association internationale de signalisation maritime dont les États ne sont pas des États membres, conformément au paragraphe 5 de l'Annexe.

4. L'expression « membre affilié » désigne un fabricant ou un distributeur d'équipement d'aide à la navigation maritime destiné à la vente, une organisation fournissant contractuellement des services d'aide à la navigation maritime ou des conseils techniques dans ce domaine, ainsi que toute autre organisation ou tout autre organisme scientifique concerné par les aides à la navigation maritime, ayant sollicité le statut de membre et dont la candidature a été approuvée par le Conseil.

Article 3

But et objectifs

L'Organisation a pour but de rassembler les gouvernements et les organisations concernés par la réglementation, la fourniture, l'entretien ou l'exploitation des aides à la navigation maritime afin de promouvoir les objectifs suivants :

(2) Die Organisation besitzt beratenden und technischen Charakter.

(3) Die Organisation hat ihren Sitz in Frankreich, es sei denn, die Generalversammlung beschließt etwas anderes.

(4) Der Betrieb der Organisation wird ausführlich in der Geschäftsordnung geregelt, die diesem Übereinkommen unterliegt, jedoch nicht Bestandteil desselben ist. Für den Fall von Unstimmigkeiten zwischen dem Übereinkommen und der Geschäftsordnung oder anderen grundlegenden Dokumenten, welche die Leitung der Organisation betreffen, ist das Übereinkommen maßgebend.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens gelten folgende Begriffsbestimmungen:

(1) „Navigationshilfen in der Schifffahrt“ bezeichnet Einrichtungen, Systeme oder Dienste außerhalb eines Schiffes, die entwickelt und betrieben werden, um die Sicherheit und Effizienz der Navigation einzelner Schiffe sowie des Schiffsverkehrs insgesamt zu verbessern. Für die Zwecke der Organisation umfasst diese Begriffsbestimmung auch Schiffsverkehrsdienste.

(2) „Mitgliedstaat“ bezeichnet einen Staat, der zugestimmt hat, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, und für den das Übereinkommen in Kraft ist.

(3) „Assoziiertes Mitglied“ bezeichnet Hoheitsgebiete oder Gruppen von Hoheitsgebieten, für die ein Mitgliedstaat in Bezug auf ihre internationalen Beziehungen zuständig ist und für die er eine Mitgliedschaft beantragt hat, die von der Generalversammlung genehmigt wurde, sowie nach Absatz 5 der Anlage nationale Mitglieder des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen aus Staaten, die keine Mitgliedstaaten sind.

(4) „Angeschlossenes Mitglied“ bezeichnet Hersteller oder Händler von Ausrüstung im Bereich der Navigationshilfen in der Schifffahrt für den Verkauf oder Organisationen, die Dienste im Zusammenhang mit Navigationshilfen in der Schifffahrt oder technische Beratung im Rahmen eines Vertrags anbieten, sowie andere mit Navigationshilfen in der Schifffahrt befassende Organisationen oder wissenschaftliche Einrichtungen, die eine Mitgliedschaft beantragt haben und deren Antrag vom Rat genehmigt wurde.

Artikel 3

Zweck und Ziele

Zweck der Organisation ist es, Regierungen und Organisationen zusammenzubringen, die sich mit der Regulierung, Bereitstellung, Instandhaltung oder dem Betrieb von Navigationshilfen in der Schifffahrt befassen, um die Verwirklichung der folgenden Ziele voranzubringen:

- | | | |
|---|--|---|
| <p>(a) Fostering the safe and efficient movement of vessels through the improvement and harmonization of Marine Aids to Navigation worldwide for the benefit of the maritime community and the protection of the marine environment;</p> <p>(b) Promoting access to technical cooperation and capacity building on all matters related to the development and transfer of expertise, science and technology in relation to Marine Aids to Navigation;</p> <p>(c) Encouraging and facilitating the general adoption of the highest practicable standards in matters concerning Marine Aids to Navigation; and</p> <p>(d) Providing for the exchange of information on matters under consideration by the Organization.</p> | <p>a) renforcer une circulation des navires sûre et efficace en améliorant et en harmonisant les aides à la navigation maritime dans le monde entier au service de la communauté maritime et de la protection de l'environnement marin ;</p> <p>b) favoriser l'accès à la coopération technique et au renforcement des capacités pour toutes les questions de développement et de transfert d'expertise, de connaissances scientifiques et de technologie en lien avec les aides à la navigation maritime ;</p> <p>c) encourager et faciliter l'adoption généralisée de normes aussi rigoureuses que possible en matière d'aides à la navigation maritime ; et</p> <p>d) permettre un échange d'informations sur les questions examinées par l'Organisation.</p> | <p>a) Förderung eines sicheren und effizienten Schiffsverkehrs durch Verbesserung und Vereinheitlichung der Navigationshilfen in der Schifffahrt weltweit zum Wohle der maritimen Gemeinschaft und zum Schutz der Meeresumwelt;</p> <p>b) Unterstützung des Zugangs zu fachlicher Zusammenarbeit und zum Aufbau von Fähigkeiten in allen Fragen der Entwicklung und der Weitergabe von Fachwissen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologie im Bereich der Navigationshilfen in der Schifffahrt;</p> <p>c) Förderung und Erleichterung der allgemeinen Annahme möglichst hoher Standards im Bereich der Navigationshilfen in der Schifffahrt;</p> <p>d) Gewährleistung des Informationsaustausches über die von der Organisation behandelten Angelegenheiten.</p> |
|---|--|---|

Article 4 Functions

In order to achieve the aim and objectives set out in Article 3, the functions of the Organization shall be:

- (a) To develop and communicate non-mandatory standards, recommendations, guidelines, manuals and other appropriate documents;
- (b) To consider and make recommendations on standards, recommendations, guidelines, manuals and other appropriate documents that may be remitted to it by Member States, Associate Members and Affiliate Members, by any organ or specialized agency of the United Nations or by any other intergovernmental organization;
- (c) To provide mechanisms for consultation and the exchange of information covering *inter alia*, recent developments and the activities of Member States, Associate Members and Affiliate Members;
- (d) To develop international cooperation by promoting close working relationships and assistance between Member States, Associate Members and Affiliate Members;
- (e) To facilitate assistance, whether technical, organizational or training, to governments, services and other organizations requesting help with Marine Aids to Navigation;
- (f) To organize conferences, symposia, seminars, workshops and other events; and
- (g) To liaise and cooperate with relevant international and other organizations,

Article 4 Fonctions

Afin d'atteindre le but et les objectifs énoncés à l'article 3, les fonctions de l'Organisation sont les suivantes :

- a) élaborer et diffuser des normes, des recommandations, des lignes directrices, des manuels et d'autres documents pertinents à caractère non contraignant ;
- b) examiner les normes, les recommandations, les lignes directrices, les manuels et les autres documents pertinents qui peuvent lui être transmis par les États membres, les membres associés et les membres affiliés, par tout organe ou toute institution spécialisée des Nations Unies ou par toute autre organisation intergouvernementale, et formuler des recommandations à leur sujet ;
- c) mettre en place des mécanismes de consultation et d'échange d'informations concernant, notamment, les évolutions récentes et les activités des États membres et des membres associés et des membres affiliés ;
- d) renforcer la coopération internationale en encourageant les États membres, les membres associés et les membres affiliés à entretenir d'étroites relations de travail et à se prêter mutuellement assistance ;
- e) faciliter l'octroi d'une assistance, qu'elle soit technique, organisationnelle ou en matière de formation, aux gouvernements, aux services et aux autres organisations qui la sollicitent dans le domaine des aides à la navigation maritime ;
- f) organiser des conférences, des symposiums, des séminaires, des ateliers et d'autres événements ; et
- g) se mettre en relation et coopérer avec les organisations internationales perti-

Artikel 4 Aufgaben

Um den Zweck und die Ziele nach Artikel 3 zu erreichen, hat die Organisation folgende Aufgaben:

- a) Entwicklung und Verbreitung nicht verbindlicher Standards, Empfehlungen, Richtlinien, Handbücher und anderer geeigneter Dokumente;
- b) Prüfung von und Abgabe von Empfehlungen zu Standards, Empfehlungen, Richtlinien, Handbüchern und anderen geeigneten Dokumenten, die der Organisation von den Mitgliedstaaten, den assoziierten Mitgliedern sowie den angeschlossenen Mitgliedern, von Organen oder Sonderorganisationen der Vereinten Nationen oder von einer anderen zwischenstaatlichen Organisation übersandt werden können;
- c) Bereitstellung von Mechanismen zur Konsultation und zum Informationsaustausch, unter anderem über aktuelle Entwicklungen und die Tätigkeiten der Mitgliedstaaten, der assoziierten Mitglieder sowie der angeschlossenen Mitglieder;
- d) Ausbau der internationalen Zusammenarbeit durch Förderung enger Arbeitsbeziehungen und Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten, den assoziierten Mitgliedern sowie den angeschlossenen Mitgliedern;
- e) Erleichterung der fachlichen, organisatorischen oder ausbildungsbezogenen Unterstützung für Regierungen, Dienste und andere Organisationen, die um Hilfe im Bereich der Navigationshilfen in der Schifffahrt ersuchen;
- f) Organisation von Konferenzen, Symposien, Seminaren, Arbeitstagen und anderen Veranstaltungen;
- g) Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen und

offering specialized advice, where appropriate.

nentes et d'autres organisations concernées, en proposant des conseils spécialisés en tant que de besoin.

anderen Organisationen, gegebenenfalls mit einem Angebot spezialisierter Beratung.

Article 5

Membership

1. The Organization shall be comprised of Member States, Associate Members and Affiliate Members.

2. Any Member State having responsibility for the international relations of a territory or group of territories may request Associate membership for such territory or group of territories, by notification in writing to the Secretary-General.

3. The Council may require or a Member State may request that aspects of an application for Affiliate membership be reviewed by the Member State or Member States where the applicant carries out its activities or has its principal place of business or registered office. The Council shall take into consideration the views of the requesting and reviewing Member States when deciding on Affiliate membership.

Article 5

Membres

1. L'Organisation se compose d'États membres, de membres associés et de membres affiliés.

2. Tout État membre responsable des relations internationales d'un territoire ou d'un groupe de territoires peut solliciter le statut de membre associé pour ce territoire ou groupe de territoires, par notification écrite au Secrétaire général.

3. Le Conseil peut exiger, ou un État membre demander, que les modalités d'une candidature au statut de membre affilié soient examinées par l'État membre ou les États membres dans lequel (lesquels) le candidat mène ses activités ou possède son principal établissement ou son siège social. Le Conseil prend en considération l'avis de l'État membre à l'origine de la demande et des États membres examinant la candidature lorsqu'il arrête une décision portant sur une candidature au statut de membre affilié.

Artikel 5

Mitgliedschaft

(1) Die Organisation setzt sich aus Mitgliedstaaten, assoziierten Mitgliedern und angeschlossenen Mitgliedern zusammen.

(2) Jeder Mitgliedstaat, der für die internationalen Beziehungen eines Hoheitsgebiets oder einer Gruppe von Hoheitsgebieten zuständig ist, kann durch schriftliche Notifikation an den Generalsekretär die assoziierte Mitgliedschaft für dieses Hoheitsgebiet oder diese Gruppe von Hoheitsgebieten beantragen.

(3) Der Rat kann verlangen oder ein Mitgliedstaat kann beantragen, dass Aspekte eines Antrags auf angeschlossene Mitgliedschaft von dem Mitgliedstaat oder den Mitgliedstaaten überprüft werden, in denen der Antragsteller seinen Tätigkeiten nachgeht oder seinen Hauptgeschäftssitz oder seinen eingetragenen Firmensitz hat. Der Rat berücksichtigt bei der Entscheidung über eine angeschlossene Mitgliedschaft die Standpunkte der beantragenden und der überprüfenden Mitgliedstaaten.

Article 6

Organs

1. The Organization shall have as its organs:

- (a) The General Assembly;
- (b) The Council;
- (c) Committees and subsidiary bodies necessary to support the Organization's activities; and
- (d) The Secretariat.

2. There shall be a President and a Vice President of the Organization. The President, or in case of the President's absence, the Vice President shall chair the General Assembly and the Council.

3. The General Regulations and Financial Regulations shall detail the Rules of Procedure that shall apply for each organ and govern the day-to-day management of the Organization.

Article 6

Organes

1. Les organes de l'Organisation sont les suivants :

- a) l'Assemblée générale ;
- b) le Conseil ;
- c) les comités et les organes subsidiaires nécessaires pour appuyer les activités de l'Organisation ; et
- d) le Secrétariat.

2. L'Organisation est dotée d'un Président et d'un Vice-président. Le Président, ou en son absence le Vice-président, préside l'Assemblée générale et le Conseil.

3. Le Règlement général et le Règlement financier énoncent les règles de procédure applicables à chaque organe et régissent le fonctionnement quotidien de l'Organisation.

Artikel 6

Organe

(1) Die Organisation hat folgende Organe:

- a) die Generalversammlung;
- b) den Rat;
- c) Ausschüsse und Nebenorgane, die zur Unterstützung der Tätigkeiten der Organisation notwendig sind;
- d) das Sekretariat.

(2) Die Organisation hat einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Der Präsident oder, im Fall der Abwesenheit des Präsidenten, der Vizepräsident führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Rat.

(3) In der Geschäftsordnung und in der Finanzordnung werden die Verfahrensregeln für die einzelnen Organe sowie für das Tagesgeschäft der Organisation festgelegt.

Article 7

The General Assembly

1. The General Assembly is the principal decision-making organ of the Organization and shall have all the powers of the Organization, unless otherwise provided by this Convention.

2. The General Assembly shall consist only of Member States. Attendance shall also be open to Associate Members and Affiliate Members.

Article 7

Assemblée générale

1. L'Assemblée générale est le principal organe décisionnel de l'Organisation et a tous les pouvoirs de l'Organisation, sauf disposition contraire de la présente Convention.

2. L'Assemblée générale est composée exclusivement des États membres. Les membres associés et les membres affiliés peuvent également assister à ses sessions.

Artikel 7

Generalversammlung

(1) Die Generalversammlung ist das Hauptbeschlussorgan der Organisation und hat alle Befugnisse der Organisation inne, sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist.

(2) Die Generalversammlung besteht nur aus den Mitgliedstaaten. Die Teilnahme an den Tagungen der Generalversammlung steht jedoch auch assoziierten Mitgliedern und angeschlossenen Mitgliedern offen.

3. Each Member State shall designate one of its delegates as its principal delegate at the General Assembly.

4. Regular sessions of the General Assembly shall take place once every three years.

5. Extraordinary sessions of the General Assembly shall be convened whenever one-third of Member States give notice to the Secretary-General that they desire a session to be convened, or at any time if deemed necessary by the Council, after a notice of ninety days.

6. A majority of Member States shall constitute a quorum for the sessions of the General Assembly.

7. The General Assembly shall:

- (a) Elect the President and the Vice President from amongst the Member States in accordance with the General Regulations;
- (b) Decide the overall policy and the strategic vision of the Organization;
- (c) Review and approve the General Regulations and the Financial Regulations of the Organization;
- (d) Elect, in accordance with Article 8, the Council from amongst the Member States other than the Member States holding the Presidency or Vice Presidency;
- (e) Elect the Secretary-General from amongst nationals of the Member States in accordance with the General Regulations;
- (f) Establish and terminate Committees and subsidiary bodies and review and approve their Terms of Reference;
- (g) Review and approve the financial arrangements of the Organization, including the outline budget for the following three years and the rate of contributions for Member States and fees for Associate Members and Affiliate Members;
- (h) Consider the reports and proposals put to it by any Member State, the Council or the Secretary-General;
- (i) Approve standards;
- (j) Decide on Associate membership;
- (k) Rule on Affiliate membership upon the request of one or more Member States;
- (l) Make recommendations to Member States, Associate Members and Affiliate Members on matters within the aim and objectives of the Organization;
- (m) Approve agreements with States and international organizations; and

3. Chaque État membre désigne l'un de ses délégués pour être son délégué principal à l'Assemblée générale.

4. Les sessions régulières de l'Assemblée générale ont lieu tous les trois ans.

5. Les sessions extraordinaires de l'Assemblée générale sont convoquées lorsqu'un tiers des États membres informent le Secrétaire général qu'ils souhaitent qu'une session soit organisée, ou à tout moment si le Conseil l'estime nécessaire, moyennant un préavis de quatre-vingt-dix jours.

6. Le quorum pour les sessions de l'Assemblée générale est fixé à la majorité des États membres.

7. L'Assemblée générale :

- a) élit le Président et le Vice-président parmi les États membres conformément au Règlement général ;
- b) décide de la politique générale et de la vision stratégique de l'Organisation ;
- c) passe en revue et approuve le Règlement général et le Règlement financier de l'Organisation ;
- d) élit, conformément à l'article 8, le Conseil parmi les États membres qui n'assurent ni la présidence ni la vice-présidence ;
- e) élit le Secrétaire général parmi les ressortissants des États membres conformément au Règlement général ;
- f) crée et dissout les comités et les organes subsidiaires, et passe en revue et approuve leur mandat ;
- g) passe en revue et approuve les dispositions financières de l'Organisation, notamment l'esquisse budgétaire pour les trois années suivantes, le taux des contributions pour les États membres et les cotisations des membres associés et des membres affiliés ;
- h) étudie les rapports et les propositions transmises par tout État membre, par le Conseil ou par le Secrétaire général ;
- i) approuve les normes ;
- j) décide de l'accès au statut de membre associé ;
- k) décide de l'accès au statut de membre affilié à la demande d'un ou de plusieurs États membres ;
- l) fait des recommandations aux États membres, aux membres associés et aux membres affiliés sur les sujets relevant du but et des objectifs de l'Organisation ;
- m) approuve les accords conclus avec les États et les organisations internationales ; et

(3) Jeder Mitgliedstaat benennt einen seiner Delegierten als seinen Hauptdelegierten in der Generalversammlung.

(4) Ordentliche Tagungen der Generalversammlung finden alle drei Jahre statt.

(5) Außerordentliche Tagungen der Generalversammlung werden mit einer Frist von neunzig Tagen einberufen, wenn ein Drittel der Mitgliedstaaten den Generalsekretär davon in Kenntnis setzen, dass sie die Einberufung einer Tagung wünschen, oder jederzeit, wenn der Rat dies für erforderlich hält.

(6) Die Generalversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitgliedstaaten bei einer Tagung anwesend ist.

(7) Die Generalversammlung

- a) wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten aus den Reihen der Mitgliedstaaten in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung;
- b) beschließt die übergeordneten politischen Ziele und das strategische Leitbild (strategic vision) der Organisation;
- c) überprüft und genehmigt die Geschäftsordnung und die Finanzordnung der Organisation;
- d) wählt in Übereinstimmung mit Artikel 8 den Rat aus den Reihen derjenigen Mitgliedstaaten, die nicht den Präsidenten oder den Vizepräsidenten stellen;
- e) wählt den Generalsekretär aus den Reihen der Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung;
- f) setzt Ausschüsse und Nebenorgane ein und löst diese auf und überprüft und genehmigt deren Mandate;
- g) überprüft und genehmigt die Finanzbestimmungen der Organisation, einschließlich des Entwurfs des Haushaltsrahmens für die folgenden drei Jahre sowie der Höhe der Beiträge für Mitgliedstaaten und der Gebühren für assoziierte Mitglieder und angeschlossene Mitglieder;
- h) prüft die ihr von einem Mitgliedstaat, dem Rat oder dem Generalsekretär vorgelegten Berichte und Vorschläge;
- i) genehmigt Standards;
- j) entscheidet über assoziierte Mitgliedschaften;
- k) entscheidet über angeschlossene Mitgliedschaften auf Antrag eines oder mehrerer Mitgliedstaaten;
- l) spricht Empfehlungen an Mitgliedstaaten, assoziierte Mitglieder und angeschlossene Mitglieder in Angelegenheiten aus, die den Zweck und die Ziele der Organisation betreffen;
- m) genehmigt Übereinkünfte mit Staaten und internationalen Organisationen;

(n) Decide on any other matters within the aim and objectives of the Organization.

n) prend des décisions sur toute autre question relevant du but et des objectifs de l'Organisation.

n) entscheidet über alle anderen Angelegenheiten, die den Zweck und die Ziele der Organisation betreffen.

Article 8

The Council

1. The Council is the executive organ of the Organization and shall be responsible for directing the activities of the Organization.

2. The Council shall consist of the President and the Vice President and twenty-three other Member States.

3. Council members shall be elected by ballot at each regular session of the General Assembly in accordance with the General Regulations. Council members should, in principle, be drawn from different parts of the world, with a view to achieving a world-wide representation.

4. At the Council, Member States shall preferably be represented by a delegate from a national authority responsible for the regulation, provision, maintenance or operation of Marine Aids to Navigation of that Member State.

5. Seventeen members of the Council, at least one of which must be the President or Vice President, shall constitute a quorum for the sessions of the Council.

6. The Council shall meet at least once a year.

7. Any Member State not represented on the Council may participate in the Council meetings, but will not be entitled to vote.

8. The Council shall:

- (a) Exercise such responsibilities as may be delegated to it by the General Assembly;
- (b) Coordinate the activities of the Organization within the framework of the overall policy, the strategic vision and the outline budget, as decided by the General Assembly;
- (c) Review and approve the financial statements, including the annual budget;
- (d) Decide on Affiliate membership;
- (e) Convene the General Assembly;
- (f) Report to the General Assembly on the work of the Organization;
- (g) Review papers submitted to it in accordance with the General Regulations;
- (h) Refer to the General Assembly all matters requiring decision by the General Assembly;

Article 8

Conseil

1. Le Conseil est l'organe exécutif de l'Organisation et est responsable de la direction de ses activités.

2. Le Conseil est composé du Président, du Vice-président et des représentants de vingt-trois autres États membres.

3. Les membres du Conseil sont élus lors d'un scrutin organisé lors de chaque session régulière de l'Assemblée générale, conformément au Règlement général. En principe, les membres du Conseil devraient être issus de différentes parties du monde afin que toutes les zones géographiques soient représentées.

4. Les États membres sont de préférence représentés au Conseil par un délégué de l'autorité nationale responsable de la réglementation, de la fourniture, de l'entretien ou de l'exploitation des aides à la navigation maritime pour cet État membre.

5. Le quorum pour les sessions du Conseil est fixé à dix-sept membres du Conseil, dont au moins un doit être le Président ou le Vice-président.

6. Le Conseil se réunit au moins une fois par an.

7. Tout État membre non représenté au Conseil peut participer à ses réunions mais ne sera pas autorisé à voter.

8. Le Conseil :

- a) exerce les responsabilités qui peuvent lui être déléguées par l'Assemblée générale ;
- b) coordonne les activités de l'Organisation dans le cadre de la politique générale, de la vision stratégique et de l'esquisse budgétaire décidées par l'Assemblée générale ;
- c) passe en revue et approuve les états financiers, notamment le budget annuel ;
- d) décide de l'accès au statut de membre affilié ;
- e) convoque l'Assemblée générale ;
- f) rend compte à l'Assemblée générale des travaux de l'Organisation ;
- g) passe en revue les documents qui lui sont soumis conformément au Règlement général ;
- h) transmet à l'Assemblée générale toutes les questions sur lesquelles elle doit prendre une décision ;

Artikel 8

Rat

(1) Der Rat ist das Exekutivorgan der Organisation und ist für die Leitung der Tätigkeiten der Organisation zuständig.

(2) Der Rat setzt sich aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten sowie Vertretern von dreiundzwanzig anderen Mitgliedstaaten zusammen.

(3) Die Mitglieder des Rates werden auf jeder ordentlichen Tagung der Generalversammlung in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung durch Abstimmung gewählt. Die Mitglieder des Rates sollen grundsätzlich aus verschiedenen Teilen der Welt stammen, um eine weltweite Vertretung zu erreichen.

(4) Im Rat werden die Mitgliedstaaten vorzugsweise durch einen Delegierten einer nationalen Behörde vertreten, die für die Regulierung, Bereitstellung, Instandhaltung oder den Betrieb von Navigationshilfen in der Schifffahrt dieses Mitgliedstaats zuständig ist.

(5) Der Rat ist beschlussfähig, wenn siebzehn seiner Mitglieder, von denen mindestens eines der Präsident oder Vizepräsident sein muss, bei einer Tagung anwesend sind.

(6) Der Rat tritt mindestens einmal jährlich zusammen.

(7) Jeder Mitgliedstaat, der nicht im Rat vertreten ist, kann an den Sitzungen des Rates teilnehmen, hat aber kein Stimmrecht.

(8) Der Rat

- a) nimmt die ihm von der Generalversammlung gegebenenfalls übertragenen Zuständigkeiten wahr;
- b) koordiniert die Tätigkeiten der Organisation im Rahmen der übergeordneten politischen Ziele, des strategischen Leitbilds (strategic vision) sowie des Entwurfs des Haushaltsrahmens, wie sie von der Generalversammlung beschlossen worden sind;
- c) überprüft und genehmigt die Finanzberichte, einschließlich des Jahreshaushalts;
- d) entscheidet über angeschlossene Mitgliedschaften;
- e) beruft die Generalversammlung ein;
- f) berichtet der Generalversammlung über die Arbeit der Organisation;
- g) überprüft die Dokumente, die ihm in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung vorgelegt werden;
- h) verweist alle Angelegenheiten, die eines Beschlusses der Generalversammlung bedürfen, an die Generalversammlung;

- | | | |
|---|---|---|
| (i) Approve recommendations, guidelines, manuals and other appropriate documents;
(j) Approve submissions to other organizations;
(k) Appoint Chairs and Vice Chairs of Committees and subsidiary bodies and review and approve their work programmes;
(l) Decide the venue and the year of the Organization's conferences and symposia as described in the General Regulations; and
(m) Approve the Staff Rules. | i) approuve les recommandations, les lignes directrices, les manuels et les autres documents pertinents ;
j) approuve les communications destinées à d'autres organisations ;
k) nomme les présidents et les vice-présidents des comités et des organes subsidiaires, et passe en revue et approuve leurs programmes de travail ;
l) décide du lieu et de l'année des conférences et des symposiums de l'Organisation, comme décrit dans le Règlement général ; et
m) approuve le Règlement du personnel. | i) genehmigt Empfehlungen, Richtlinien, Handbücher und andere geeignete Dokumente;
j) genehmigt Mitteilungen an andere Organisationen;
k) ernennt Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von Ausschüssen und Nebenorganen und überprüft und genehmigt deren Arbeitsprogramme;
l) entscheidet über den Ort und das Jahr der Konferenzen und Symposien der Organisation, wie in der Geschäftsordnung beschrieben;
m) genehmigt die Personalordnung. |
|---|---|---|
9. Council members may, after having informed the President and the Secretary-General, invite Affiliate Members to participate as technical advisors at Council meetings to provide advice and support on operational and technical matters.
9. Les membres du Conseil peuvent, après en avoir informé le Président et le Secrétaire général, inviter des membres affiliés à participer aux réunions du Conseil en qualité de conseillers techniques, afin de fournir conseils et appui sur des questions opérationnelles et techniques.
- (9) Die Mitglieder des Rates können nach Unterrichtung des Präsidenten und des Generalsekretärs angeschlossene Mitglieder als technische Berater zu Sitzungen des Rates einladen, damit diese in operativen und technischen Fragen Beratung und Unterstützung leisten können.

Article 9**Committees and Subsidiary Bodies**

1. Committees and subsidiary bodies shall support the aim and objectives of the Organization.
2. The Committees shall:
- (a) Prepare and review standards, recommendations, guidelines, manuals and other appropriate documents identified in the work programmes;
 - (b) Monitor developments in the area of Marine Aids to Navigation;
 - (c) Facilitate the sharing of expertise and experience amongst Member States, Associate Members and Affiliate Members; and
 - (d) Conduct any other tasks as decided by the Council.

Article 10**The Secretariat**

1. The permanent Secretariat of the Organization shall be comprised of the Secretary-General and such staff as may be required for the work of the Organization within the approved budgetary framework.
2. The term of the Secretary-General shall be three years. The Secretary-General may be re-elected for up to two additional consecutive terms of three years each.
3. The Secretary-General shall be responsible for the day-to-day management of the Organization, subject to any guidance issued by the General Assembly or the Council.
4. The Secretary-General shall be responsible for the conclusion of agreements with States and international organizations subject to the approval of the General Assembly in accordance with Article 7.7 (m).

Article 9**Comités et organes subsidiaires**

1. Les comités et les organes subsidiaires contribuent à la réalisation du but et des objectifs de l'Organisation.
2. Les comités :
- a) préparent et passent en revue les normes, les recommandations, les lignes directrices, les manuels et les autres documents pertinents identifiés dans les programmes de travail ;
 - b) suivent les évolutions dans le domaine des aides à la navigation maritime ;
 - c) facilitent le partage d'expertise et d'expérience entre les États membres, les membres associés et les membres affiliés ; et
 - d) réalisent toute autre tâche qui leur est confiée par le Conseil.

Article 10**Secrétariat**

1. Le Secrétariat permanent de l'Organisation se compose du Secrétaire général et du personnel nécessaire aux travaux de l'Organisation, dans les limites du cadre budgétaire approuvé.
2. Le Secrétaire général a un mandat de trois ans. Le Secrétaire général peut être réélu, au maximum, pour deux mandats consécutifs supplémentaires de trois ans chacun.
3. Le Secrétaire général est responsable de la gestion quotidienne de l'Organisation, dans le respect des orientations données par l'Assemblée générale ou le Conseil.
4. Le Secrétaire général est responsable de la conclusion d'accords avec des États ou des organisations internationales qui doivent être approuvés par l'Assemblée générale conformément l'article 7.7m).

Artikel 9**Ausschüsse und Nebenorgane**

- (1) Die Ausschüsse und Nebenorgane unterstützen den Zweck und die Ziele der Organisation.
- (2) Die Ausschüsse
- a) bereiten Standards, Empfehlungen, Richtlinien, Handbücher und andere geeignete Dokumente vor, die in den Arbeitsprogrammen genannt sind, und überprüfen diese;
 - b) verfolgen die Entwicklungen im Bereich der Navigationshilfen in der Schifffahrt;
 - c) erleichtern den Austausch von Fachwissen und Erfahrungen zwischen Mitgliedstaaten, assoziierten Mitgliedern und angeschlossenen Mitgliedern;
 - d) nehmen sonstige vom Rat beschlossene Aufgaben wahr.

Artikel 10**Sekretariat**

- (1) Das ständige Sekretariat der Organisation besteht aus dem Generalsekretär und aus dem Personal, das für die Arbeit der Organisation innerhalb des genehmigten Haushaltsrahmens gegebenenfalls erforderlich ist.
- (2) Die Amtszeit des Generalsekretärs beträgt drei Jahre. Der Generalsekretär kann für bis zu zwei weitere aufeinanderfolgende Amtszeiten von jeweils drei Jahren wiedergewählt werden.
- (3) Der Generalsekretär ist vorbehaltlich etwaiger Vorgaben der Generalversammlung oder des Rates für das Tagesgeschäft der Organisation zuständig.
- (4) Der Generalsekretär ist für den Abschluss von Übereinkünften mit Staaten und internationalen Organisationen zuständig, die der Genehmigung durch die Generalversammlung nach Artikel 7 Absatz 7 Buchstabe m bedürfen.

5. The staff of the Secretariat shall be appointed in accordance with the Staff Rules by the Secretary-General on such terms and to perform such duties as the Secretary-General may determine.

5. Le personnel du Secrétariat est nommé conformément au Règlement du personnel par le Secrétaire général, selon des conditions et pour exercer les fonctions décidées par ce dernier.

(5) Das Personal des Sekretariats wird vom Generalsekretär in Übereinstimmung mit der Personalordnung zu denjenigen Bedingungen und zur Wahrnehmung derjenigen Aufgaben ernannt, die vom Generalsekretär gegebenenfalls festgelegt werden.

6. The Secretariat shall:

- (a) Maintain all such records as may be necessary for the efficient discharge of the work of the Organization and shall prepare, collect, and circulate any documentation that may be required;
- (b) Administer the Organization's finances under the direction of the Council, in accordance with the General Regulations;
- (c) Prepare the financial arrangements and the financial statements;
- (d) Keep Member States, Associate Members and Affiliate Members and other organizations informed with respect to the activities of the Organization;
- (e) Organize and support meetings of the General Assembly, the Council, Committees and subsidiary bodies;
- (f) Organize and support conferences and symposia as approved by the Council;
- (g) Organize and support seminars, workshops and other events; and
- (h) Perform such other functions as may be assigned by this Convention, the General Regulations, the General Assembly or the Council.

6. Le Secrétariat :

- a) conserve toutes les archives nécessaires à l'exécution efficace des travaux de l'Organisation et prépare, collecte et diffuse toute la documentation requise ;
- b) gère les finances de l'Organisation sous la direction du Conseil, conformément au Règlement général ;
- c) prépare les dispositions financières et les états financiers ;
- d) tient les États membres, les membres associés et les membres affiliés ainsi que les autres organisations informés des activités de l'Organisation ;
- e) organise les réunions de l'Assemblée générale, du Conseil, des comités et des organes subsidiaires et y apporte son appui ;
- f) organise les conférences et les symposiums approuvés par le Conseil et y apporte son appui ;
- g) organise les séminaires, les ateliers et d'autres événements et y apporte son appui ; et
- h) réalise d'autres tâches qui peuvent lui être confiées en vertu de la présente Convention ou du Règlement général ou par l'Assemblée générale ou le Conseil.

(6) Das Sekretariat

- a) verwahrt alle für die reibungslose Arbeit der Organisation erforderlichen Akten und verfasst, sammelt und verteilt alle erforderlichen Unterlagen;
- b) verwaltet die Finanzen der Organisation unter der Leitung des Rates in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung;
- c) erstellt die Finanzbestimmungen sowie die Finanzberichte;
- d) unterrichtet die Mitgliedstaaten, die assoziierten Mitglieder und die angeschlossenen Mitglieder sowie andere Organisationen fortlaufend über die Tätigkeiten der Organisation;
- e) organisiert und unterstützt die Sitzungen der Generalversammlung, des Rates, der Ausschüsse und der Nebenorgane;
- f) organisiert und unterstützt die vom Rat genehmigten Konferenzen und Symposien;
- g) organisiert und unterstützt Seminare, Arbeitstagungen und andere Veranstaltungen;
- h) nimmt sonstige Aufgaben wahr, die ihm durch dieses Übereinkommen, die Geschäftsordnung, die Generalversammlung oder den Rat gegebenenfalls übertragen werden.

7. In the performance of their duties, the Secretary-General and the staff shall not seek or receive instructions from any government or from any other source external to the Organization. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials responsible only to the Organization. Each Member State on its part undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Secretary-General and the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

7. Dans l'exercice de leurs fonctions, le Secrétaire général et le personnel ne sollicitent ni ne reçoivent aucune instruction émanant d'un gouvernement ou d'une autre source extérieure à l'Organisation. Ils s'abstiennent de toute action pouvant avoir des répercussions sur leur situation de fonctionnaires internationaux responsables uniquement vis-à-vis de l'Organisation. Chaque État membre s'engage, pour sa part, à respecter la nature exclusivement internationale des attributions du Secrétaire général et du personnel et à ne pas chercher à les influencer dans l'exercice de leurs responsabilités.

(7) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dürfen der Generalsekretär und das Personal von einer Regierung oder einer anderen Quelle außerhalb der Organisation Weisungen weder erbitten noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die ihrer Stellung als internationale Bedienstete, die nur der Organisation gegenüber verantwortlich sind, abträglich sein könnte. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich seinerseits, den ausschließlichen internationalen Charakter der Aufgaben des Generalsekretärs und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Article 11

Voting

1. All efforts shall be made for the General Assembly and the Council to adopt decisions by consensus amongst Member States.

2. Where decisions of the General Assembly or Council cannot be adopted by consensus, they shall be adopted by a two-thirds majority of Member States present and voting through a secret ballot.

Article 11

Vote

1. Tous les efforts possibles sont entrepris pour que l'Assemblée générale et le Conseil adoptent les décisions par consensus entre les États membres.

2. Lorsque les décisions de l'Assemblée générale ou du Conseil ne peuvent pas être adoptées par consensus, elles sont adoptées à la majorité des deux tiers des États membres présents et votant lors d'un scrutin à bulletin secret.

Artikel 11

Abstimmungen

(1) Es werden alle Anstrengungen unternommen, damit die Generalversammlung und der Rat ihre Beschlüsse durch Konsens der Mitgliedstaaten fassen können.

(2) Können Beschlüsse der Generalversammlung oder des Rates nicht durch Konsens gefasst werden, so werden sie mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten in geheimer Abstimmung gefasst.

3. Only Member States shall have voting rights. Each Member State shall have one vote, except as specified in Article 13.4.

4. The election of the President, Vice President and Secretary-General shall be made by secret ballot with a simple majority of Member States present and voting in accordance with the General Regulations.

5. The election of the Council shall be made with the highest number of votes of the Member States present and voting through a secret ballot, in accordance with the General Regulations.

3. Seuls les États membres possèdent un droit de vote. Chaque État membre dispose d'une voix, sauf dans les circonstances prévues à l'article 13.4.

4. L'élection du Président, du Vice-président et du Secrétaire général donne lieu à un scrutin à bulletin secret, et ils sont élus à la majorité simple des États membres présents et votant conformément au Règlement général.

5. L'élection du Conseil a lieu au scrutin à bulletin secret, et les sièges sont attribués aux candidats ayant obtenu le plus grand nombre de suffrages exprimés par les États membres présents et votant, conformément au Règlement général.

(3) Nur Mitgliedstaaten haben ein Stimmrecht. Jeder Mitgliedstaat hat eine Stimme, mit Ausnahme des in Artikel 13 Absatz 4 genannten Falls.

(4) Die Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten und des Generalsekretärs erfolgt in geheimer Abstimmung mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung.

(5) Die Wahl der Mitglieder des Rates erfolgt mit der höchsten Anzahl der Stimmen der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten in geheimer Abstimmung in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung.

Article 12

Languages

The official languages of the Organization shall be Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish.

Article 12

Langues

Les langues officielles de l'Organisation sont l'anglais, l'arabe, le chinois, l'espagnol, le français et le russe.

Artikel 12

Sprachen

Die offiziellen Sprachen der Organisation sind Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch.

Article 13

Finance

1. The expenditure for the functioning of the Organization shall be met by the financial resources provided by:

- (a) Member State contributions;
- (b) Associate Member and Affiliate Member fees; and
- (c) Donations, bequests, grants, gifts and other sources approved by the Council upon recommendation by the Secretary-General.

2. Each Member State shall pay a contribution and each Associate Member and Affiliate Member shall pay a fee to the Organization on an annual basis in the amount determined in accordance with Article 7.7 (g). The contribution shall be set at the same rate for each Member State.

3. Member State contributions and Associate Member and Affiliate Member fees shall be due and payable in accordance with the Financial Regulations.

4. Any Member State which is two years in arrears in making contributions shall, after written notification by the Secretary-General, be denied voting rights and the right to be elected to the Council until such time as the outstanding contributions have been paid, in accordance with the Financial Regulations, unless the General Assembly waives this provision.

5. Following the Council's approval of the Organization's audited financial statements, these statements shall be distributed to all Member States, Associate Members and Affiliate Members in the Annual Report.

Article 13

Financement

1. Les dépenses nécessaires au fonctionnement de l'Organisation sont couvertes par les ressources financières suivantes :

- a) contributions des États membres ;
- b) cotisations des membres associés et des membres affiliés ; et
- c) dons, legs, subventions, présents et autres sources approuvées par le Conseil sur recommandation du Secrétaire général.

2. Chaque État membre verse une contribution à l'Organisation et chaque membre associé et membre affilié lui verse une cotisation, sur une base annuelle, le montant étant décidé conformément à l'article 7.7g). Le taux de la contribution est le même pour chaque État membre.

3. Les contributions des États membres et les cotisations des membres associés et membres affiliés sont dues et payables conformément au Règlement financier.

4. Tout État membre qui présente deux années d'arriérés de paiement de ses contributions se voit retirer ses droits de vote et son droit d'éligibilité au Conseil, après notification écrite par le Secrétaire général, et ce, jusqu'au règlement des contributions restant dues, conformément au Règlement financier, sauf si l'Assemblée générale renonce à la présente disposition.

5. Une fois que le Conseil a approuvé les états financiers vérifiés de l'Organisation, ceux-ci sont distribués à tous les États membres, membres associés et membres affiliés dans le cadre du rapport annuel.

Artikel 13

Finanzen

(1) Die Ausgaben für den Betrieb der Organisation werden durch die folgenden Finanzmittel gedeckt:

- a) Beiträge der Mitgliedstaaten;
- b) Gebühren der assoziierten Mitglieder und der angeschlossenen Mitglieder;
- c) Spenden, Nachlässe, Zuschüsse, Geschenke sowie weitere vom Rat auf Empfehlung des Generalsekretärs genehmigte Quellen.

(2) Jährlich zahlt jeder Mitgliedstaat einen Beitrag und jedes assoziierte Mitglied und jedes angeschlossene Mitglied eine Gebühr an die Organisation, wobei deren Höhe jeweils in Übereinstimmung mit Artikel 7 Absatz 7 Buchstabe g festgesetzt wird. Der Beitrag wird für jeden Mitgliedstaat in gleicher Höhe festgesetzt.

(3) Die Beiträge der Mitgliedstaaten sowie die Gebühren der assoziierten Mitglieder und der angeschlossenen Mitglieder sind in Übereinstimmung mit der Finanzordnung fällig.

(4) Jedem Mitgliedstaat, der mit der Beitragszahlung zwei Jahre im Rückstand ist, wird nach schriftlicher Notifikation durch den Generalsekretär das Stimmrecht und das Recht auf Wahl in den Rat verwehrt, bis die noch ausstehenden Beiträge in Übereinstimmung mit der Finanzordnung gezahlt wurden, es sei denn, die Generalversammlung verzichtet auf diese Bestimmung.

(5) Nachdem der Rat die geprüften Finanzberichte der Organisation genehmigt hat, werden diese im Jahresbericht an alle Mitgliedstaaten, assoziierten Mitglieder und angeschlossenen Mitglieder verteilt.

Article 14**Legal Personality,
Privileges and Immunities**

1. The Organization has international legal personality and has the capacity to:

- (a) Contract and conclude agreements with governments, organizations and other bodies;
- (b) Acquire and dispose of immovable and movable property; and
- (c) Institute legal proceedings.

2. In the territory of each of its Member States, the Organization shall enjoy, to the extent provided for in an agreement with the Member State concerned, such privileges and immunities as may be necessary for the exercise of its functions and the fulfilment of its aim and objectives.

3. No Member State, Associate Member or Affiliate Member shall be liable, by reason of its status or participation in the Organization, for acts, omissions or obligations of the Organization.

Article 14**Personnalité juridique,
privilèges et immunités**

1. L'Organisation est dotée de la personnalité juridique internationale et a la capacité :

- a) de passer des contrats et de conclure des accords avec des gouvernements, des organisations et d'autres entités ;
- b) d'acquérir et d'aliéner des biens immobiliers et mobiliers ; et
- c) d'ester en justice.

2. L'Organisation jouit, sur le territoire de chacun de ses États membres, des privilèges et immunités nécessaires à l'exercice de ses fonctions et à l'accomplissement de son but et de ses objectifs, dans les limites prévues par un accord conclu avec l'État membre concerné.

3. Aucun État membre, membre associé ou membre affilié n'est responsable, du fait de son statut ou de sa participation à l'Organisation, des actes, omissions ou obligations de cette dernière.

Artikel 14**Rechtspersönlichkeit,
Vorrechte und Immunitäten**

(1) Die Organisation hat Völkerrechtspersönlichkeit und kann

- a) Verträge und Übereinkünfte mit Regierungen, Organisationen beziehungsweise anderen Stellen schließen;
- b) unbewegliches und bewegliches Eigentum erwerben und veräußern;
- c) gerichtliche Verfahren einleiten.

(2) Auf dem Hoheitsgebiet jedes ihrer Mitgliedstaaten genießt die Organisation, soweit dies in einem Abkommen mit dem betreffenden Mitgliedstaat vorgesehen ist, die Vorrechte und Immunitäten, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben und die Erfüllung ihres Zwecks und ihrer Ziele erforderlich sind.

(3) Ein Mitgliedstaat, assoziiertes Mitglied oder angeschlossenes Mitglied haftet aufgrund seines Status oder seiner Beteiligung in der Organisation nicht für Handlungen, Unterlassungen oder Verpflichtungen der Organisation.

Article 15**Amendments**

1. Any Member State may propose an amendment to this Convention, in writing, to the Secretary-General.

2. The Secretary-General shall circulate the proposed amendment in the official languages to all Member States at least six months in advance of its consideration by the General Assembly.

3. The proposed amendment shall be adopted by vote of the General Assembly.

4. Any amendment adopted in accordance with paragraph 3 shall be sent by the Secretary-General to the Depositary. The latter shall notify all Member States of the adoption of the amendment.

5. The amendment shall enter into force for all Member States six months after written notifications of acceptance by two-thirds of the Member States have been received by the Depositary, except for a Member State which has notified the Depositary, prior to the entry into force of such amendment, that the amendment shall enter into force for that Member State only after a subsequent notification of its acceptance.

6. Notwithstanding paragraph 5, the General Assembly may decide by consensus that the amendment shall come into force for all Member States six months after written notifications of acceptance by two-thirds of the Member States have been received by the Depositary. If within this period of six months a Member State gives notification of withdrawal from the Organization on account of an amendment, the

Article 15**Amendements**

1. Tout État membre peut proposer un amendement à la présente Convention adressé par écrit au Secrétaire général.

2. Le Secrétaire général transmet l'amendement proposé à tous les États membres dans les langues officielles au moins six mois avant son examen par l'Assemblée générale.

3. L'amendement proposé est adopté par un vote de l'Assemblée générale.

4. Tout amendement adopté conformément au paragraphe 3 est envoyé par le Secrétaire général au dépositaire. Ce dernier notifie à tous les États membres l'adoption de l'amendement.

5. Un amendement entre en vigueur pour tous les États membres six mois après la réception par le dépositaire des notifications écrites par lesquelles deux tiers des États membres expriment leur acceptation, sauf pour tout État membre ayant, préalablement à l'entrée en vigueur dudit amendement, notifié au dépositaire que l'amendement n'entre en vigueur pour cet État membre qu'après la notification ultérieure par laquelle il exprime son acceptation.

6. Nonobstant le paragraphe 5, l'Assemblée générale peut décider par consensus qu'un amendement entre en vigueur pour tous les États membres six mois après la réception par le dépositaire des notifications écrites par lesquelles deux tiers des États membres expriment leur acceptation. Si un État membre, pendant cette période de six mois, notifie son retrait de l'Organisation en raison d'un amendement, son

Artikel 15**Änderungen**

(1) Jeder Mitgliedstaat kann dem Generalsekretär schriftlich eine Änderung dieses Übereinkommens vorschlagen.

(2) Der Generalsekretär leitet die vorgeschlagene Änderung mindestens sechs Monate vor ihrer Beratung durch die Generalversammlung in den offiziellen Sprachen an alle Mitgliedstaaten weiter.

(3) Die vorgeschlagene Änderung wird durch Abstimmung in der Generalversammlung beschlossen.

(4) Jede nach Absatz 3 beschlossene Änderung wird vom Generalsekretär an den Verwahrer übermittelt. Dieser notifiziert allen Mitgliedstaaten den Beschluss der Änderung.

(5) Die Änderung tritt für alle Mitgliedstaaten sechs Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem beim Verwahrer schriftliche Notifikationen über die Annahme durch zwei Drittel der Mitgliedstaaten eingegangen sind; ausgenommen sind Mitgliedstaaten, die dem Verwahrer vor Inkrafttreten einer solchen Änderung notifiziert haben, dass die Änderung für diesen Mitgliedstaat erst nach einer späteren Notifikation ihrer Annahme in Kraft tritt.

(6) Ungeachtet des Absatzes 5 kann die Generalversammlung durch Konsens beschließen, dass die Änderung für alle Mitgliedstaaten sechs Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft tritt, zu dem beim Verwahrer schriftliche Notifikationen über die Annahme durch zwei Drittel der Mitgliedstaaten eingegangen sind. Notifiziert ein Mitgliedstaat innerhalb dieser Frist von sechs Monaten den Austritt aus der Organisation auf-

withdrawal shall, notwithstanding Article 21, take effect on the date on which such amendment comes into force.

7. The Depositary shall inform the Member States and the Secretary-General of the entry into force of the amendment, specifying the date of its entry into force.

Article 16

Reservations

No reservations shall be made to this Convention.

Article 17

Interpretation and Disputes

Member States shall make every effort to prevent disputes on the interpretation or application of this Convention, and shall use their best efforts to resolve any disputes by peaceful means which may include consultation and negotiation with each other and any other means as agreed to by the parties to the dispute.

Article 18

Signature, Ratification, Acceptance, Approval and Accession

1. This Convention shall be open for signature by any State that is a member of the United Nations at Paris from 27 January 2021 and remain open until 26 January 2022.

2. This Convention is subject to ratification, acceptance or approval by the signatory States.

3. This Convention shall be open for accession by any State that is a member of the United Nations which has not signed this Convention from the day after the date on which this Convention closes for signature.

4. Instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Depositary, who shall then notify all States having deposited such instruments with the Depositary and the Secretary-General thereof.

Article 19

The Depositary

The French Republic shall serve as the Depositary for this Convention. This Convention shall be registered by the Depositary pursuant to Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 20

Entry into force

1. This Convention shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit of the thirtieth instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

retrait prend effet à la date d'entrée en vigueur dudit amendement, par dérogation à l'article 21.

7. Le dépositaire informe les États membres et le Secrétaire général de l'entrée en vigueur dudit amendement, en précisant la date de son entrée en vigueur.

Article 16

Réserves

La présente Convention n'admet aucune réserve.

Article 17

Interprétation et différends

Les États membres mettent tout en œuvre pour prévenir les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention et déploient tous leurs efforts pour régler tout différend à par des moyens pacifiques, par exemple par voie de consultations et de négociations entre eux ou par tout autre moyen convenu entre les parties au différend.

Article 18

Signature, ratification, acceptation, approbation et adhésion

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tout État membre des Nations Unies à Paris le 27 janvier 2021 et demeure ouverte à la signature jusqu'au 26 janvier 2022.

2. La présente Convention est soumise à la ratification, à l'acceptation ou à l'approbation des États signataires.

3. La présente Convention est ouverte à l'adhésion de tout État membre des Nations Unies ne l'ayant pas signée à compter du lendemain de la date à laquelle la présente Convention est fermée à la signature.

4. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion sont déposés auprès du dépositaire, qui en informe ensuite tous les États ayant eux-mêmes déposé ces instruments auprès du dépositaire ainsi que le Secrétaire général.

Article 19

Dépositaire

La République française est le dépositaire de la présente Convention. La présente Convention est enregistrée par le dépositaire conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

Article 20

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après la date du dépôt du trentième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

grund einer Änderung, so wird der Austritt ungeachtet des Artikels 21 am Tag des Inkrafttretens einer solchen Änderung wirksam.

(7) Der Verwahrer unterrichtet die Mitgliedstaaten und den Generalsekretär über das Inkrafttreten der Änderung unter Angabe des Datums ihres Inkrafttretens.

Artikel 16

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig.

Artikel 17

Auslegung und Streitigkeiten

Die Mitgliedstaaten unternehmen alle Anstrengungen, um Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens zu vermeiden, und bemühen sich nach besten Kräften, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen; dazu gehören Konsultationen und Verhandlungen oder andere Mittel, die zwischen den Streitparteien vereinbart wurden.

Artikel 18

Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen vom 27. Januar 2021 bis zum 26. Januar 2022 in Paris zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten.

(3) Dieses Übereinkommen steht von dem Tag an, an dem es nicht mehr zur Unterzeichnung aufliegt, allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die das Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, zum Beitritt offen.

(4) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt, der dies anschließend allen Staaten, die solche Urkunden beim Verwahrer hinterlegt haben, sowie dem Generalsekretär notifiziert.

Artikel 19

Verwahrer

Die Französische Republik ist Verwahrer dieses Übereinkommens. Das Übereinkommen wird vom Verwahrer nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert.

Artikel 20

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der dreißigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

2. For each State ratifying, accepting, approving or acceding to this Convention after its entry into force this Convention shall enter into force on the thirtieth day after the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

3. The transitional arrangements that shall apply upon entry into force of this Convention are set out in the Annex.

Article 21

Withdrawal

1. Any Member State may withdraw from this Convention by giving at least twelve months' written notice to the Depositary, who shall immediately inform all Member States and the Secretary-General of such notification.

2. Notification of withdrawal may be deposited at any time after the expiration of six months from the date on which this Convention has entered into force.

3. The withdrawal shall take effect on 31st December of the year following that during which the notice of withdrawal was deposited.

Article 22

Termination

1. This Convention may be terminated by a vote of the General Assembly following at least six months' notice of such a vote.

2. The date of termination shall be twelve months after the date of the above decision, and in the intervening period the Council shall be responsible for the winding up of the Organization, in accordance with the General Regulations.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized by their respective governments, have signed the present Convention.

Done at Paris on 27 January 2021 in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic, an original of which shall be deposited in the archives of the Depositary. The Depositary shall transmit certified copies thereof to all the signatory and acceding governments and to the Secretary-General of the Organization.

2. Pour chaque État qui ratifie, accepte ou approuve la présente Convention ou y adhère après son entrée en vigueur, la Convention entre en vigueur le trentième jour après le dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

3. Les dispositions transitoires qui s'appliquent dès l'entrée en vigueur de la présente Convention sont énoncées dans l'Annexe.

Article 21

Retrait

1. Tout État membre peut se retirer de la présente Convention moyennant un préavis écrit d'au moins douze mois adressé au dépositaire, lequel informe immédiatement tous les États membres et le Secrétaire général de cette notification.

2. La notification de retrait peut être déposée à tout moment après l'expiration d'un délai de six mois à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention.

3. Le retrait prend effet le 31 décembre de l'année suivant celle au cours de laquelle la notification de retrait a été déposée.

Article 22

Fin

1. Il peut être mis fin à la présente Convention par un vote de l'Assemblée générale ayant été annoncé au moins six mois à l'avance.

2. La présente Convention prend fin douze mois après la date de la décision susmentionnée, et dans l'intervalle le Conseil est chargé de dissoudre l'Organisation conformément au Règlement général.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés par leur Gouvernement respectif, ont signé la présente Convention.

Fait à Paris le 27 janvier 2021 en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, chaque texte faisant également foi, dont un original est versé aux archives du dépositaire. Le dépositaire transmet des copies certifiées du texte à tous les gouvernements signataires et adhérents ainsi qu'au Secrétaire général de l'Organisation.

(2) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach seinem Inkrafttreten ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beiträgt, tritt das Übereinkommen am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(3) Die Übergangsregelungen, die bei Inkrafttreten dieses Übereinkommens gelten, sind in der Anlage festgelegt.

Artikel 21

Rücktritt

(1) Jeder Mitgliedstaat kann von diesem Übereinkommen zurücktreten, indem er dem Verwahrer unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwölf Monaten schriftlich seinen Rücktritt notifiziert; dieser unterrichtet umgehend alle Mitgliedstaaten sowie den Generalsekretär über diese Notifikation.

(2) Die Notifikation über den Rücktritt kann jederzeit nach Ablauf von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens hinterlegt werden.

(3) Der Rücktritt wird am 31. Dezember des Jahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation über den Rücktritt hinterlegt wurde.

Artikel 22

Beendigung

(1) Dieses Übereinkommen kann durch eine mindestens sechs Monate im Voraus angekündigte Abstimmung der Generalversammlung beendet werden.

(2) Der Tag der Beendigung liegt zwölf Monate nach dem Tag dieses Beschlusses; in der Zwischenzeit ist der Rat für die Auflösung der Organisation in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung zuständig.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Paris am 27. Januar 2021 in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Verwahrers hinterlegt wird. Der Verwahrer übermittelt jeder Unterzeichnerregierung und jeder beitretenden Regierung und dem Generalsekretär der Organisation beglaubigte Abschriften.

Annex

Transitional Arrangements

At the XIth General Assembly held in A Coruña from 25th to 31st May 2014, the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities adopted a Resolution affirming that the status of an International Organization would best serve its objectives and determining that such status should be achieved as soon as possible by the means of the adoption of an international convention.

As a consequence, Article 13 of the Constitution of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities was amended to facilitate the winding up of the association and the transition of its assets to the Organization.

The purpose of the transitional arrangements is to ensure the uninterrupted international efforts to develop, improve and harmonize Marine Aids to Navigation and to facilitate the transition from the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities to the Organization.

1. Upon the entry into force of this Convention, the President, Vice President and the Council of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities shall be invited to become the President, Vice President and Council of the Organization and will operate as such until the first General Assembly convened under this Convention has elected a President, Vice President and Council, which must be within a period not exceeding six months.

2. The Committees of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities shall operate until Committees are established under this Convention.

3. Until such time as the Secretariat of the Organization has been established, the Secretariat of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities shall be invited to serve as, and perform the functions of, the Secretariat. The Secretary-General of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities shall serve as the Secretary-General of the Organization until the General Assembly elects the Secretary-General in accordance with this Convention.

4. Until such time as the Organization has adopted General Regulations, it shall function in accordance with the General Regulations of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities *mutatis mutandis*.

5. All national members of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities from States

Annexe

Dispositions transitoires

Lors de la XII^e Assemblée générale organisée à La Corogne du 25 au 31 mai 2014, l'Association internationale de signalisation maritime a adopté une résolution affirmant que le statut d'organisation internationale lui permettrait d'atteindre plus efficacement ses objectifs et décidant que ce statut devrait être obtenu dès que possible par l'adoption d'une convention internationale.

Par conséquent, l'article 13 de la Constitution de l'Association internationale de signalisation maritime a été amendé pour faciliter la dissolution de l'association et le transfert de ses actifs à l'Organisation.

Les dispositions transitoires visent à garantir la continuité des efforts internationaux pour élaborer, améliorer et harmoniser les aides à la navigation maritime, ainsi qu'à faciliter la transition de l'Association internationale de signalisation maritime vers l'Organisation.

1. Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Président, le Vice-président et le Conseil de l'Association internationale de signalisation maritime sont invités à devenir le Président, le Vice-président et le Conseil de l'Organisation et fonctionneront en tant que tels jusqu'à l'élection d'un Président, d'un Vice-président et d'un Conseil par la première Assemblée générale convoquée en vertu de la présente Convention, qui doit avoir lieu dans un délai ne dépassant pas six mois.

2. Les comités de l'Association internationale de signalisation maritime fonctionnent jusqu'à la mise en place des comités en vertu de la présente Convention.

3. Jusqu'à la mise en place du Secrétariat de l'Organisation, le Secrétariat de l'Association internationale de signalisation maritime est invité à jouer le rôle du Secrétariat et à remplir ses fonctions. Le Secrétaire général de l'Association internationale de signalisation maritime fait office de Secrétaire général de l'Organisation jusqu'à l'élection du Secrétaire général par l'Assemblée générale conformément à la présente Convention.

4. Jusqu'à l'adoption du Règlement général par l'Organisation, celle-ci fonctionne, *mutatis mutandis*, conformément au Règlement général de l'Association internationale de signalisation maritime.

5. Tous les membres nationaux de l'Association internationale de signalisation maritime issus d'États qui ne sont pas des

Anlage

Übergangsregelungen

Auf der XII. Generalversammlung, die vom 25. bis 31. Mai 2014 in A Coruña stattfand, nahm der Internationale Verband der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen eine Entschließung an, in der er bekräftigte, dass der Status einer internationalen Organisation seinen Zielen am besten dienen würde, und in der er feststellte, dass dieser Status so bald wie möglich durch die Annahme eines völkerrechtlichen Übereinkommens erreicht werden sollte.

Infolgedessen wurde Artikel 13 der Satzung des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen geändert, um die Auflösung des Verbands und den Übergang seiner Vermögenswerte auf die Organisation zu erleichtern.

Ziel der Übergangsregelungen ist es, die ununterbrochene Fortsetzung der internationalen Anstrengungen zur Entwicklung, Verbesserung und Vereinheitlichung der Navigationshilfen in der Schifffahrt zu gewährleisten und den Übergang vom Internationalen Verband der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen zur Organisation zu erleichtern.

(1) Mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens werden der Prsident, der Vizepräsident sowie der Rat des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen eingeladen, Prsident, Vizepräsident und Rat der Organisation zu werden, und sie werden als solche tätig, bis die erste Generalversammlung, die aufgrund des Übereinkommens einberufen wird, einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten und einen Rat gewählt hat; dies muss innerhalb einer Frist von sechs Monaten erfolgen.

(2) Die Ausschüsse des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen arbeiten, bis Ausschüsse aufgrund dieses Übereinkommens eingesetzt sind.

(3) Bis zur Einrichtung des Sekretariats der Organisation wird das Sekretariat des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen eingeladen, als Sekretariat tätig zu werden und seine Aufgaben wahrzunehmen. Der Generalsekretär des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen wird als Generalsekretär der Organisation tätig, bis die Generalversammlung den Generalsekretär in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen wählt.

(4) Bis sich die Organisation eine Geschäftsordnung gegeben hat, arbeitet sie in sinngemäßer Anwendung der Geschäftsordnung des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen.

(5) Alle nationalen Mitglieder des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen aus Staaten,

that are not Member States shall, subject to their formal request, become Associate Members of the Organization for a duration of up to ten years from the date of entry into force of this Convention, unless the General Assembly decides to extend that period.

6. In the event that a State which has a former national member with Associate membership in accordance with paragraph 5 becomes a Member State, the Associate membership shall cease on the date on which this Convention enters into force for that State.

7. All Associate and Industrial Members of the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities up to date with their fees shall, subject to their formal request, become Affiliate Members of the Organization.

8. The transfer of rights, interests, assets and liabilities from the International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities to the Organization will take place pursuant to French law.

États membres deviennent, s'ils en font la demande officielle, des membres associés de l'Organisation pour une durée allant jusqu'à dix ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, à moins que l'Assemblée générale ne décide de prolonger cette période.

6. Dans l'éventualité où un État, dont un ancien membre national possède le statut de membre associé conformément au paragraphe 5, acquiert le statut d'État membre, ledit membre associé cesse de l'être à la date à laquelle la présente Convention entre en vigueur pour cet État.

7. Tous les membres associés et industriels de l'Association internationale de signalisation maritime qui sont à jour de leur cotisation deviennent, s'ils en font la demande officielle, des membres affiliés de l'Organisation.

8. Le transfert des droits, des intérêts, de l'actif et du passif de l'Association internationale de signalisation maritime à l'Organisation est régi par le droit français.

die nicht Mitgliedstaaten sind, werden vorbehaltlich ihres förmlichen Antrags assoziierte Mitglieder der Organisation für eine Dauer von bis zu zehn Jahren ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens, es sei denn, die Generalversammlung beschließt, diesen Zeitraum zu verlängern.

(6) Wird ein Staat, zu dem ein ehemaliges nationales Mitglied mit assoziierter Mitgliedschaft nach Absatz 5 gehört, zu einem Mitgliedstaat, so endet die assoziierte Mitgliedschaft mit dem Tag, an dem dieses Übereinkommen für diesen Staat in Kraft tritt.

(7) Alle assoziierten und industriellen Mitglieder des Internationalen Verbands der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen, die ihre Gebühren gezahlt haben, werden vorbehaltlich ihres förmlichen Antrags angeschlossene Mitglieder der Organisation.

(8) Die Übertragung von Rechten, Zinsen, Vermögenswerten und Verbindlichkeiten vom Internationalen Verband der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen auf die Organisation erfolgt nach französischem Recht.

Denkschrift

Einleitung

Die „International Association of Marine Aids to Navigation and Lighthouse Authorities“ (kurz: IALA) ist derzeit als Nichtregierungsorganisation (NGO) organisiert. Um ihre Zwecke besser ausüben zu können, ist eine Änderung ihres rechtlichen Status in eine zwischenstaatliche Organisation (IGO) vorgesehen. Mit dem in Paris am 19. Januar 2022 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 27. Januar 2021 über die Internationale Organisation für Navigationshilfen in der Schifffahrt soll die IALA einen politischen Bedeutungszuwachs erfahren und eine Änderung ihres rechtlichen Status von einer Nichtregierungsorganisation (NGO) in eine zwischenstaatliche Organisation (IGO) erhalten.

I. Allgemeines

Die IALA wurde am 1. Juli 1957 als NGO gegründet. Zweck der Organisation ist es, Regierungen und Organisationen, die sich mit der Regulierung, Bereitstellung, Instandhaltung oder dem Betrieb von Navigationshilfen in der Schifffahrt befassen, zum Fachwissens- und Informationsaustausch zusammenzubringen, um die Entwicklung und Weitergabe von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien zu unterstützen und dadurch Navigationshilfen in der Schifffahrt weltweit zu verbessern und zu vereinheitlichen. Dies wird insbesondere durch die Erarbeitung von nicht verbindlichen Standards, von Empfehlungen, Richtlinien, Handbüchern und von anderen geeigneten Dokumenten erreicht. Ziel ist ein sicherer, wirtschaftlicher und effizienter Schiffsverkehr zu Gunsten der maritimen Gemeinschaft und zum Schutz der Meeresumwelt.

Die Erreichung dieser Ziele kann besser durch einen Zusammenschluss ihrer Mitgliedsländer auf Staatsebene, mithin im Rahmen einer internationalen, völkerrechtlichen Organisation sichergestellt werden. Auf internationaler Ebene wäre sie so gleichauf mit anderen maritimen Organisationen wie z. B. die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (International Maritime Organization, kurz: IMO) oder die Internationale Hydrographische Organisation (International Hydrographic Organization, kurz: IHO). Verhandlungen auf gleicher Ebene erleichtern Abstimmungen und das Durchsetzen eigener Positionen. Fachliche Beiträge und Empfehlungen der IALA erhalten zudem international ein höheres Gewicht. Die IALA beabsichtigt daher eine Änderung ihres rechtlichen Status von einer Nichtregierungsorganisation (NGO) in eine zwischenstaatliche Organisation (IGO). Zugleich erfährt sie mit dem Statuswechsel eine Aufwertung und einen politischen Bedeutungszuwachs.

Zur Vorbereitung des Statuswechsels wurde im Rahmen der Diplomatischen Konferenz ein Konventionstext mit den Mitgliedstaaten abgestimmt. Die IALA mit IGO-Status erhält lediglich beratenden und technischen Charakter. Sie behält ihren Sitz in Frankreich bei.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der Gründungsmitglieder und seitdem Unterstützerin der IALA. Eine Aufwertung der Organisation durch den angestrebten Statuswechsel wird seitens der Bundesregierung begrüßt. Am 19. Januar 2022 erfolgte die Unterzeichnung der Konvention durch den deutschen Botschafter in Paris.

II. Besonderes

Aufgrund des Umstandes, dass mit dem Übereinkommen der Statuswechsel einer seit 1957 bestehenden und aktiven „Association“ nach französischem Recht (Internationaler Verband der Schifffahrtszeichen und Seezeichenverwaltungen) zu einer zwischenstaatlichen Organisation angestrebt wird, haben viele Inhalte der aktuell geltenden Verfassung der „Association“ Eingang in den Text des Übereinkommens gefunden. Dies gilt insbesondere für Zweck, Ziele und Aufgaben sowie die Mitglieds-kategorien und im Wesentlichen auch die Organe der Organisation. Zu den Artikeln der Konvention im Einzelnen:

Zu Artikel 1

Artikel 1 beschreibt die Einrichtung als zwischenstaatliche Organisation und betont den beratenden und technischen Charakter der Organisation. Da die IALA bereits seit 1957 als „Association“ nach französischem Recht ihren Sitz in St. Germain-en-Laye in Frankreich hat und lediglich ein Statuswechsel angestrebt wird, legt Absatz 3 den Sitz der Organisation ebenfalls in Frankreich fest. Es verbleibt die Möglichkeit, durch Entscheidung der Generalversammlung den Sitz der Organisation zu verändern.

Ein gesondertes Abkommen über die Bedingungen zwischen der Französischen Republik und der IALA („Headquarters-Agreement“) wird geschlossen. Absatz 4 verweist auf die abschließende noch zu erarbeitende Geschäftsordnung sowie weitere grundlegende Dokumente der Organisation, die die Funktionsfähigkeit der Organisation im Einzelnen beschreiben und die Vorgaben des Übereinkommens konkretisieren.

Wie in Übereinkommen üblich wird dem Text des Übereinkommens Vorrang vor der Geschäftsordnung und allen weiteren grundlegenden Dokumenten eingeräumt.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält die für das Übereinkommen wesentlichen Begriffsbestimmungen.

Absatz 1 legt die Begriffsbestimmung für Navigationshilfen in der Schifffahrt fest. Die Definition ist grundsätzlich deckungsgleich mit der Definition in der Verfassung der „Association“. Sie enthält allerdings nunmehr die ausdrückliche Klarstellung, dass Schiffsverkehrsdienste (Vessel Traffic Services) als Navigationshilfen in der Schifffahrt angesehen werden. Die Begriffsbestimmung stellt ebenfalls ausdrücklich klar, dass es sich in diesem Übereinkommen um Navigationshilfen außerhalb eines Schiffes handelt und grenzt insoweit eindeutig die Zuständigkeit zu anderen Organisationen ab.

Absatz 2 enthält die Definition des Mitgliedsstaates. Sie entspricht der Definition der „Vertragspartei“ nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe g des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge. Die Definition Mitgliedsstaat ist insbesondere zur Abgrenzung gegenüber den übrigen Mitglieds-kategorien gewählt worden, bei den es sich jeweils nicht um Staaten handelt, es sich aber beispielsweise um Seezeichenverwaltungen aus Staaten handeln kann, die nicht selbst Mitgliedsstaat werden können oder wollen. Diese Lösung spiegelt das Bestreben aller beteiligten Delegation wider, beim Übergang von

der „Association“ zur zwischenstaatlichen Organisation eine möglichst große Kontinuität an Mitgliedern in allen drei Kategorien zu ermöglichen. In der „Association“ sind nationale Mitglieder die jeweils zuständigen Fachverwaltungen.

Absatz 3 legt die Begriffsbestimmung für assoziierte Mitglieder fest. Hierbei musste dem Umstand Rechnung getragen werden, dass es Staaten gibt, die für bestimmte Hoheitsgebiete zwar die Vertretungsbefugnis in außenpolitischen Zuständigkeiten, nicht aber die Zuständigkeit für Navigationshilfen in der Schifffahrt haben und das Hoheitsgebiet hier insoweit autark agiert (z. B. europäische Staaten und ihre Überseegebiete). Um eine Beteiligung des Hoheitsgebietes an der Arbeit der IALA zu ermöglichen, kann mit Zustimmung des Staates, der über die außenpolitische Vertretungsbefugnis des betroffenen Territoriums verfügt, eine assoziierte Mitgliedschaft beantragt werden, so dass die Mitarbeit in den Ausschüssen erfolgen kann (siehe auch Artikel 9). Im Übrigen wird auf Absatz 5 in den Übergangsbestimmungen der Anlage verwiesen.

Absatz 4 enthält die Begriffsbestimmung für angeschlossene Mitglieder. Hierbei handelt es sich um die „industriellen Mitglieder und assoziierten Mitglieder der „Association“, die traditionell stark an der Arbeit der Ausschüsse beteiligt sind und Navigationshilfen in der Schifffahrt entwickeln, herstellen oder entsprechende Beratung anbieten sowie Organisationen und Einrichtungen, die wissenschaftlich zu diesen Themen forschen. Auch diese Begriffsbestimmung spiegelt das Bestreben wider, eine möglichst große Kontinuität des Mitgliederbestandes vom Übergang von einer „Association“ zu einer zwischenstaatlichen Organisation zu gewährleisten. Im Übrigen wird auf Absatz 7 in den Übergangsbestimmungen der Anlage verwiesen.

Zu Artikel 3

Artikel 3 legt den Zweck und die Ziele der Organisation fest, die sich im Wesentlichen mit denen der „Association“ decken. Die Förderung, Erleichterung und Annahme internationaler Standards im Bereich der Navigationshilfen in der Schifffahrt (Buchstabe b) dient der Förderung eines sicheren und effizienten Schiffsverkehrs in der Schifffahrt weltweit zum Wohle der maritimen Gemeinschaft und zum Schutz der Meeresumwelt (Buchstabe a). Hierbei wird auf die technische Arbeit der IALA, die überwiegend in den Ausschüssen stattfindet, reflektiert. Ebenso ist es Zweck und Ziel der Organisation, den Zugang zu fachlicher Zusammenarbeit und zum Aufbau von Fähigkeiten im Bereich von Navigationshilfen in der Schifffahrt zu fördern. Es spiegelt sich hierbei die in der „Association“ fest verankerte Unterstützung von Verwaltungen in Teilen der Welt, in denen die Einrichtung und der Betrieb von Navigationshilfen in der Schifffahrt bisher nicht sehr verbreitet ist, wider. Diese Arbeit wird in der „Association“ von der „World-Wide-Academy“ wahrgenommen, die wesentlich in weltweiten Unterstützungsmissionen und der Veranstaltung von Fortbildungskursen besteht und deren Fortbestand in der zwischenstaatlichen Organisation angestrebt wird.

Zu Artikel 4

In Artikel 4 werden die Zwecke und Ziele der Organisation durch Beschreibung der Aufgaben konkretisiert.

In Buchstabe a wird ausdrücklich auf die Nichtverbindlichkeit von Standards, Empfehlungen und Richtlinien hingewiesen, die sich aus den völkerrechtlichen Rahmenbedingungen ergibt. Buchstabe c, d und e reflektieren auf die bereits unter den Erläuterungen zu Artikel 3 dargestellte Arbeit der „World-Wide-Academy“.

Neben den regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Ausschüsse und andere Organe finden auch bisher mehrfach im Jahr gesonderte Veranstaltungen mit bestimmten thematischen Schwerpunkten statt (Buchstabe f). Ebenso arbeitet die IALA weiterhin wie bisher mit anderen internationalen Organisationen wie der IMO, der IHO und anderen zusammen (Buchstabe g). Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit diesen Organisationen ist einer der Hauptgründe für den Statuswechsel. Insbesondere wird der Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit anderen internationalen zwischenstaatlichen Organisationen nunmehr möglich. Für die IALA verändert sich zudem der Status bei der IMO. Auf Artikel 66 der IMO-Konvention wird nur der Vollständigkeit halber hingewiesen.

Zu Artikel 5

Artikel 5 enthält Regelungen über die Mitgliedschaft. Auf die Erläuterungen zu den verschiedenen Mitgliedskategorien unter Artikel 2 wird hingewiesen.

In Absatz 2 ist die Klarstellung enthalten, dass nur ein Mitgliedsstaat mit entsprechenden Zuständigkeiten für die internationalen Beziehungen eines Hoheitsgebietes oder einer Gruppe von Hoheitsgebieten die assoziierte Mitgliedschaft beantragen kann. Mit dieser Regelung wird ausgeschlossen, dass ein Hoheitsgebiet ohne Zustimmung des dazugehörigen „Mutterstaates“ einen Mitgliedsstatus in der IALA erlangen kann.

In Absatz 3 ist ein „Kontrollmechanismus“ für die Aufnahme angeschlossener Mitglieder enthalten. Sowohl der Rat als auch ein Mitgliedstaat kann beantragen, dass der Aufnahmeantrag für eine angeschlossene Mitgliedschaft von dem Mitgliedsstaat oder den Mitgliedsstaaten überprüft wird, in denen der Antragsteller seinen Tätigkeiten nachgeht oder seinen Hauptgeschäftssitz beziehungsweise eingetragenen Firmensitz hat. Der Rat hat dabei die Standpunkte der beantragenden und überprüfenden Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen. Diese Regelung spiegelt die Praxis der „Association“ wider. Sie soll erreichen, dass mögliche bestehende wirtschaftliche oder politische Probleme oder Konflikte zwischen Unternehmen oder zwischen Unternehmen und Staaten bereits vor Aufnahme als Mitglied geklärt und nicht in die Organisation hineingetragen werden.

Zu Artikel 6

In Artikel 6 werden die Organe der Organisation beschrieben. Hier ergeben sich keine Unterschiede zur „Association“. Gleiches gilt für die Position und Aufgabe des Präsidenten und Vizepräsidenten.

Die Verfahrensregeln für die einzelnen Organe und das Tagesgeschäft werden in der Geschäftsordnung und in der Finanzordnung festgelegt. Diese Praxis ist nicht nur in der „Association“ üblich, sondern entspricht auch der Praxis in den meisten internationalen Organisationen.

Zu Artikel 7

Artikel 7 beschreibt die Zuständigkeiten der Generalversammlung als dem Hauptbeschlussorgan der Organisation.

In Absatz 2 ist die Klarstellung enthalten, dass die Generalversammlung nur aus Mitgliedstaaten besteht, eine Teilnahme aber auch assoziierten und angeschlossenen Mitgliedern offensteht. Dies ist eine Übernahme der Regelungen aus der „Association“ und dient der Transparenz der Arbeit der Organisation.

Gemäß Absatz 4 finden ordentliche Tagungen der Generalversammlung alle drei Jahre statt. Die Periode wird im Verhältnis zur „Association“ um ein Jahr verkürzt. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die Befugnisse der Generalversammlung gegenüber den Befugnissen des Rates (Treffen mindestens einmal im Jahr) im Verhältnis zur „Association“ erheblich gestärkt werden und gleichwohl die „Arbeitsfähigkeit“ der Organisation erhalten bleiben muss.

Nach Absatz 5 sind auch außerordentliche Tagungen der Generalversammlung mit einer Frist von 90 Tagen möglich. Die Frist von 90 Tagen ergibt sich aus dem erheblichen organisatorischen Aufwand, der durch ein kleines Sekretariat einer Organisation bewältigt werden muss, die Mitglieder aus allen Teilen der Welt hat. Ein Drittel der Mitgliedstaaten oder der Rat können eine außerordentliche Tagung veranlassen. Auch dieses Recht stützt die Notwendigkeit, die Arbeitsfähigkeit der Organisation jederzeit zu gewährleisten.

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten muss gemäß Absatz 6 bei der Tagung anwesend sein, damit die Generalversammlung beschlussfähig ist. Die Berücksichtigung eines Quorums für die Beschlussfähigkeit ist in internationalen Organisationen üblich.

Im Verhältnis zur „Association“ sind ausweislich Absatz 7 die folgenden Befugnisse auf die Generalversammlung übergegangen: die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten (Buchstabe a), die Überprüfung und Genehmigung der Geschäftsordnung und der Finanzordnung (Buchstabe c), die Wahl des Generalsekretärs (Buchstabe e), die Einsetzung und Auflösung sowie die Überprüfung und Genehmigung der Mandate der Ausschüsse und Nebenorgane (Buchstabe f), die Überprüfung und Genehmigung der Finanzbestimmungen der Organisation (Buchstabe g), die Entscheidung über assoziierte und angeschlossene Mitgliedschaften auf Antrag eines oder mehrerer Mitgliedstaaten (Buchstabe j und k) sowie die Genehmigung von Übereinkünften mit Staaten und internationalen Organisationen (Buchstabe m).

Zu Artikel 8

Absatz 1 bestätigt die für den Rat vorgesehene Exekutivfunktion sowie die Leitung der Tätigkeiten der Organisation. Der Rat besteht aus 23 Mitgliedern sowie des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Organisation. Die Wahl des Rates durch die Generalversammlung ist bereits unter den Erläuterungen zu Artikel 7 erörtert. Fakultativ aufgenommen worden ist in Absatz 3 der Wunsch, dass die Mitglieder des Rates möglichst aus verschiedenen Teilen der Welt kommen sollen. Dies entspricht den Zielen der Organisation, eine weltweite Harmonisierung von Navigationshilfen in der Schifffahrt zu erreichen.

Absatz 4 unterstützt den technischen Charakter der Organisation, indem die Vertretung im Rat möglichst durch einen Delegierten einer nationalen Behörde mit Zuständigkeiten im Bereich der Navigationshilfen in der Schifffahrt erfolgen soll, obgleich dem Mitgliedsstaat die Entscheidung darüber obliegt. Absatz 4 ist daher fakultativ, betont aber die Fortsetzung der Tradition aus der „Association“.

Absatz 5 enthält ein Quorum zur Beschlussfähigkeit des Rates sowie die Klarstellung, dass der Präsident oder der Vizepräsident Teil des Quorums ist. Absatz 6 legt fest, dass der Rat mindestens einmal jährlich zusammentritt. Es werden mit diesen Regelungen die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Rates ausdrücklich festgelegt. Beide Absätze orientieren sich eng an den Erfahrungen aus der „Association“. Ebenso wie in der Generalversammlung soll die Transparenz gestärkt werden, indem es Mitgliedsstaaten, die nicht Mitglied im Rat sind, ermöglicht wird, an den Sitzungen des Rates teilzunehmen.

Absatz 8 enthält die Zuständigkeiten des Rates. In den Buchstaben a und b wird erneut das Verhältnis zwischen Generalversammlung und Rat beschrieben. Die Generalversammlung macht Vorgaben politischer, strategischer und finanzieller Art. Der Rat arbeitet im Rahmen dieser Vorgaben. Gleichwohl hat der Rat eine Exekutivfunktion und leitet die Tätigkeiten der Organisation. Dies spiegelt sich in der Überprüfung und Genehmigung der jährlichen Finanzberichte (Buchstabe c), der Entscheidung über die angeschlossenen Mitgliedschaften (Buchstabe d), der Einberufung der Generalversammlung (Buchstabe e) sowie in den Ausführungen unter den Buchstaben f bis m wider.

Besonders herausgehoben werden soll die Genehmigung von Empfehlungen, Richtlinien, Handbüchern und anderen geeigneten Dokumenten in Absatz 8 Buchstabe i durch den Rat. Auch dies entspricht der Rollenverteilung im Verhältnis zur Generalversammlung, die nach Artikel 7 Absatz 7 Buchstabe i für die Genehmigung der übergeordneten Standards zuständig ist, sowie der geübten Praxis in der „Association“. Die übergeordneten zurzeit sieben Standards werden alle drei Jahre durch die Generalversammlung genehmigt, während die zahlreichen Empfehlungen, Richtlinien und Handbücher, die durch die Ausschüsse erarbeitet werden, mindestens in jährlichen Sitzungen durch den Rat genehmigt werden können, um zeitliche Verzögerungen zwischen Erarbeitung und Veröffentlichung zu verhindern. Die intensivere Befassung des Rates mit den von den Ausschüssen erarbeiteten Dokumenten und damit den fachlich-technischen Themen der Organisation wird ergänzt um das Recht des Rates in Absatz 8 Buchstabe k, die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von Ausschüssen und Nebenorganen zu ernennen und deren Arbeitsprogramme zu genehmigen.

Ebenso entscheidet der Rat über den Ort und das Jahr der in regelmäßigen Abständen stattfindenden und für die fachliche Arbeit und Weiterentwicklung der Themen wichtigen Konferenzen und Symposien (Buchstabe l). Schließlich obliegt dem Rat eine gewisse Kontrollfunktion über die Arbeit des Sekretariates durch die Genehmigung der Personalordnung (Buchstabe m) sowie der bereits erwähnten Genehmigung der jährlichen Finanzberichte einschließlich des Haushaltes, die vom Sekretariat aufgestellt und überwacht werden.

Absatz 9 eröffnet die Möglichkeit für Mitglieder des Rates, nach Unterrichtung des Präsidenten und des Generalsekretärs angeschlossene Mitglieder als technische Berater hinzuzuziehen. Dies entspricht einer langen Tradition in der „Association“, in der insbesondere eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den „industriellen Mitgliedern“ gepflegt wird.

Zu Artikel 9

In Artikel 9 werden die Aufgaben der Ausschüsse beschrieben. Die Ausschüsse bilden den „Maschinenraum“ der Organisation, in denen die Arbeitsprogramme abgearbeitet werden und Standards, Empfehlungen, Richtlinien, Handbücher und andere geeignete Dokumente entwickelt und vorbereitet werden. Hier kommen alle Fachexperten aus den verschiedenen Mitgliederkategorien zusammen. Auch der fachliche Austausch der Ausschussmitglieder aus allen drei Mitgliedskategorien untereinander stellt eine wichtige Aufgabe der Ausschüsse dar.

Zu Artikel 10

Artikel 10 beschreibt die Aufgaben des Sekretariates unter der Leitung des Generalsekretärs, der in Abgrenzung zu den übrigen Organen für das Tagesgeschäft der Organisation zuständig ist (siehe hierzu insbesondere Absatz 6).

Gemäß Absatz 2 ist die Amtszeit des Generalsekretärs auf drei Jahre begrenzt. Der Generalsekretär kann jedoch für bis zu zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten von jeweils drei Jahren, also insgesamt maximal neun Jahre wiedergewählt werden. Diese Regelung trägt dem Umstand Rechnung, dass Generalsekretäre möglichst aus allen Teilen der Welt angesprochen werden sollen und eine Verlegung des Lebensmittelpunktes nach Frankreich auch für das persönliche Umfeld des Generalsekretärs mit der festgesetzten Periode eine gewisse Planbarkeit ermöglichen soll. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Erfahrungen aus der „Association“ reflektiert.

Absatz 7 enthält eine für internationale Organisation übliche Regelung über die Neutralität der Mitglieder des Sekretariates ungeachtet ihrer eigenen Staatsangehörigkeit sowie die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, eine einschlägige Beeinflussung der Mitglieder des Sekretariates zu unterlassen.

Zu Artikel 11

Artikel 11 legt die erforderlichen Mehrheiten für Abstimmungen der Generalversammlung und des Rates fest. Absatz 1 betont dabei die Bedeutung von einvernehmlichen Beschlüssen. Dies ist in der „Association“ eine übliche Praxis, wo sehr selten eine formale Abstimmung erforderlich ist. Für Beschlüsse der Generalversammlung und des Rates, die nicht einvernehmlich getroffen werden können, wird eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsstaaten in geheimer Abstimmung gefasst. Absatz 3 stellt dabei klar, dass nur Mitgliedsstaaten stimmberechtigt sind, soweit nicht wegen ausstehender Zahlungen der Mitgliedsbeiträge das Stimmrecht gemäß Artikel 13 Absatz 4 entzogen worden ist.

Für die Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten und des Generalsekretärs gilt eine einfache Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsstaaten (Absatz 4). Die Wahl der Mitglieder des Rates erfolgt gemäß

Absatz 5 mit der höchsten Anzahl der Stimmen der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsstaaten. Bei jeder ordnungsgemäßen Wahl zum Rat werden 23 Sitze vergeben. Jeder Mitgliedsstaat hat 23 Stimmen, die vergeben werden können. Die 23 Staaten mit den meisten Stimmen werden gewählt, bei Stimmengleichheit gibt es Stichwahlen. Einzelheiten hierzu werden in der Geschäftsordnung festgelegt. Das Verfahren zur Wahl des Rates ist von der „Association“ übernommen.

Zu Artikel 12

Artikel 12 legt die offiziellen Sprachen der Organisation fest, die den offiziellen Sprachen der Vereinten Nationen entsprechen. Der Text des Übereinkommens, die Geschäftsordnung und die Finanzordnung werden in die offiziellen Sprachen übersetzt. Ebenso wird die Generalversammlung Papiere in Form von Entscheidungsentwürfen und den Bericht der Generalversammlung in die offiziellen Sprachen übersetzen. Im Übrigen ist die Arbeitssprache der Organisation Englisch. Dies gilt insbesondere für die Arbeit und die Sitzungen des Rates, der Ausschüsse und anderer Nebenorgane. Es werden zudem mit Hilfe der Mitgliedsstaaten Bestrebungen unternommen, die veröffentlichten Dokumente der Organisation wie Standards, Empfehlungen und Richtlinien etc. in den offiziellen Sprachen zur Verfügung zu stellen.

Zu Artikel 13

Artikel 13 enthält Regelungen zu den Finanzen der Organisation.

Gemäß Absatz 1 werden die Ausgaben und der Betrieb der Organisation durch die Beiträge der Mitgliedsstaaten und die Gebühren der übrigen Mitgliedskategorien gedeckt. Zulässig sind auch Spenden, Nachlässe, Zuschüsse, Geschenke etc., soweit der Rat auf Empfehlung des Generalsekretärs zustimmt. Letztere Regelung berücksichtigt Erfahrungswerte aus der „Association“, z. B. in Bezug auf Nachlässe oder andere finanzielle Zuwendungen.

Absatz 2 setzt ebenfalls ausdrücklich ein Prinzip der „Association“ fort. Die Beiträge werden für jeden Mitgliedsstaat in gleicher Höhe festgesetzt. Absatz 4 enthält eine Regelung zu ausstehenden Mitgliedsbeiträgen, die nach zwei Jahren und schriftlicher Notifikation durch den Generalsekretär zu einer Aberkennung des Stimmrechtes und des Rechtes auf Wahl in den Rat führen, soweit nicht die Generalversammlung im Einzelfall auf eine solche Maßnahme verzichtet. Weitere Einzelheiten werden in der Geschäftsordnung geregelt. Diese Regelung berücksichtigt einerseits die oft schwierige politische oder wirtschaftliche Lage bestimmter Mitglieder, die Beiträge pünktlich zu zahlen, betont aber auch die Notwendigkeit von Beiträgen für die Existenz der Organisation und weist mit dem Entzug der Rechte auf die Konsequenzen hin. In besonderen Einzelfällen kann die Generalversammlung dennoch Ausnahmen zulassen.

Zu Artikel 14

Artikel 14 behandelt die Rechtspersönlichkeit, die Vorrechte und Immunitäten. Hierbei handelt es sich um übliche Regelungen für zwischenstaatliche Organisationen, die sich im Wesentlichen auch in anderen Konventionen finden.

Wie schon an anderer Stelle erwähnt wird zwischen der Organisation und der Französischen Republik eine gesonderte Vereinbarung (Headquarters Agreement) geschlossen.

Zu Artikel 15

Artikel 15 behandelt die Änderung des Vertragstextes. Dieser Punkt war bis zum Ende der Verhandlungen auf der Diplomatischen Konferenz stark umstritten. Insbesondere in Absatz 6 spiegelt sich die Einigung über einen Kompromiss wider. Eine Änderung des Vertragstextes ist nur einstimmig möglich. Änderungen sollen für alle Mitgliedsstaaten in Kraft treten. Diesem Grundsatz entspricht auch Artikel 16, der Vorbehalte zu diesem Übereinkommen nicht zulässt.

Absatz 5 regelt das Inkrafttreten der Änderung für die Mitgliedsstaaten sechs Monate nach dem Zeitpunkt des Eingangs einer schriftlichen Notifikation durch zwei Drittel der Mitgliedsstaaten. Es bleibt aber möglich, dass durch schriftliche Notifikation eines Mitgliedsstaates vor Inkrafttreten der Änderung für diesen Mitgliedsstaat eine Annahme erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft tritt. Hier ist insbesondere berücksichtigt worden, dass das Verfahren zu Änderungen des Vertragstextes in einigen Mitgliedsstaaten längere Zeit in Anspruch nehmen kann, insbesondere auch dann, wenn es sich um umfangreichere inhaltliche Änderungen handelt.

Um jedoch auch kleinere oder redaktionelle Änderungen zu beschließen, kann die Generalversammlung in Abweichung von Absatz 5 durch Konsens beschließen, dass die Änderung für alle Mitgliedsstaaten sechs Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft tritt, zu dem beim Verwahrer schriftliche Notifikationen über die Annahme durch zwei Drittel der Mitgliedsstaaten eingegangen sind (Absatz 6). Für Mitglieder, die eine solche Änderung nicht mittragen, verbleibt die Möglichkeit in Abkehr von Artikel 21 nach schriftlicher Notifikation mit dem Tag des Inkrafttretens der Änderung aus der Organisation auszuscheiden.

Zu Artikel 16

Auf Artikel 16 ist im Zusammenhang mit den Verhandlungen zu Artikel 15 bereits hingewiesen worden.

Zu Artikel 17

Artikel 17 beschäftigt sich mit Auslegungen und Streitigkeiten, die möglichst vermieden werden und ansonsten durch friedliche Mittel wie Konsultationen und Verhandlungen zwischen den Streitparteien beigelegt werden sollen. Hierbei handelt es sich um einen „weichen“ Wortlaut. Die Vereinbarung einer konkreteren Regelung insbesondere durch schiedsgerichtliche Verfahren scheiterte an dem Widerstand einiger Delegationen. Allerdings sind in diesem Zusammenhang der technische Charakter der Organisation sowie die nicht verbindlichen Standards, Empfehlungen und Richtlinien zu berücksichtigen.

Zu Artikel 18

Artikel 18 enthält die üblichen völkerrechtlichen Inhalte zur Unterzeichnung, zur Ratifikation, zur Annahme, zur Genehmigung oder zum Beitritt des Übereinkommens.

Zu Artikel 19

Entsprechend des bisherigen Sitzes des „Association“ in St. Germain-en-Laye/Frankreich ist die Französische Republik Verwahrerin des Übereinkommens.

Zu Artikel 20

Artikel 20 regelt das Inkrafttreten des Übereinkommens. Das Übereinkommen tritt am 90. Tag nach Hinterlegung der 30. Urkunde in Kraft. Die Zahl orientiert sich an der Anzahl der Mitglieder des Rates, der auf der ersten Generalversammlung gewählt wird. Es sollten nicht alle Mitglieder der ersten Generalversammlung auch Mitglieder des ersten gewählten Rates sein, um die Arbeitsfähigkeit der Organisation sicherzustellen. Hierzu wird auf Artikel 8 Absatz 2 verwiesen. Gleichzeitig soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass eine erforderliche hohe Zahl an Urkunden das Inkrafttreten des Übereinkommens um Jahre verlängern kann.

Zu Artikel 21

Artikel 21 behandelt den Rücktritt eines Mitgliedsstaates aus der Organisation. Dies ist durch schriftliche Notifikation gegenüber dem Verwahrer mit einer Frist von zwölf Monaten möglich (Absatz 1). Eine Notifikationsurkunde kann gemäß Absatz 2 frühestens nach Ablauf von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens hinterlegt werden. Nach Absatz 3 wird der Rücktritt am 31. Dezember des Jahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation über den Rücktritt hinterlegt wurde.

Die Inhalte dieses Artikels berücksichtigen die Tatsache, dass es sich bei der Organisation um eine kleine Organisation handelt. Die Regelungen sollen verhindern, dass die Organisation z. B. bei zahlreichen Austritten unmittelbar in finanzielle Schwierigkeiten gerät, weil erhebliche Mitgliedsbeiträge nicht mehr eingenommen werden.

Zu Artikel 22

Artikel 22 behandelt den Fall der Auflösung der Organisation. Gemäß Absatz 1 ist dafür ein einstimmiger Beschluss der Generalversammlung erforderlich, der mindestens sechs Monate im Voraus angekündigt werden muss. Dies erlaubt den Mitgliedsstaaten, eine solche weitreichende Entscheidung sorgfältig zu überlegen und vorzubereiten.

Gemäß Absatz 2 liegt der Tag der Beendigung des Übereinkommens zwölf Monate nach dem Tag des Beschlusses der Generalversammlung. Dies gibt dem Rat die erforderliche Zeit, die Organisation in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung aufzulösen.

Übergangsregelungen

Wie erwähnt handelt es sich vorliegend um den Statuswechsel einer bestehenden Organisation („Association“) nach französischem Recht zu einer zwischenstaatlichen Organisation. Es müssen daher Übergangsregelungen vorhanden sein, um die Arbeitsfähigkeit der IALA bis zur Durchführung der ersten Generalversammlung der zwischenstaatlichen Organisation zu erhalten sowie den reibungslosen Übergang der Mitglieder aller Kategorien in die neue Organisation zu ermöglichen.

Zu Absatz 1, 2 und 3

Die wesentlichen Organe der „Association“, namentlich der Präsident, Vizepräsident und der Rat, werden vorbehaltlich ihrer Zustimmung bis zur Durchführung der ersten Generalversammlung und der Wahl eines neuen Präsidenten, Vizepräsidenten und Rat der neuen Organisation innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Übereinkommens in ihren Funktionen verbleiben.

Unter Verweis auf die Erörterungen zu Absatz 1 gilt Gleiches für die Ausschüsse, das Sekretariat und den Generalsekretär.

Zu Absatz 4

Übergangsregelungen werden auch für die Geschäftsordnung festgelegt. Die Geschäftsordnung der neuen Organisation wird durch Entscheidung der ersten Generalversammlung festgelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt arbeitet die Organisation in sinngemäßer Anwendung der Geschäftsordnung der „Association“.

Zu Absatz 5, 6 und 7

Die Absätze 5, 6 und 7 behandeln den Übergang der unterschiedlichen Mitgliederkategorien der „Association“, die nicht Mitgliedsstaaten werden, zur neuen Organisation.

Nach Absatz 5 können alle nationalen Mitglieder der „Association“, die nicht Mitgliedsstaaten sind, vorbehalt-

lich ihres Antrags assoziierte Mitglieder der Organisation für eine Dauer von bis zu 10 Jahren werden. Ziel dieser Regelung ist es, denjenigen Staaten, die eine längere Zeit für die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung benötigen, weiterhin die Mitarbeit in der Organisation, insbesondere in den Ausschüssen, zu ermöglichen. Gleichzeitig sollen durch die zeitliche Frist möglichst viele Staaten dazu aufgefordert werden, Mitgliedsstaaten der Organisation zu werden und dafür alle Anstrengungen unternehmen.

Absatz 6 legt für diesen Fall fest, dass die bisher bestehende assoziierte Mitgliedschaft endet, wenn der Staat, zu dem das assoziierte Mitglied gehört, Mitgliedsstaat wird. Es bleibt möglich, dass die Generalversammlung diesen Zeitraum verlängert, sollte dies erforderlich werden.

Absatz 7 eröffnet den bisherigen assoziierten und industriellen Mitgliedern der „Association“, die ihre Gebühren bezahlt haben, vorbehaltlich ihres Antrags angeschlossene Mitglieder der Organisation zu werden.

Zu Absatz 8

Die Abwicklung der „Association“ hat nach französischem Recht, insbesondere Vereinsrecht zu erfolgen. Dies betrifft auch die Übertragung von Rechten, Zinsen, Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die neue Organisation. Diese Klarstellung ist in die Übergangsregelungen aufgenommen worden.